

Inhalt

- 1 *Schwerpunktthema: Klimawandel Menschenrechte zukünftiger Generationen?*
- 4 *Drells Buchempfehlung*
- 5 *Philosophisches Interview*
- 6 *Schwerpunktthema: Klimawandel Nachhaltigkeit, aufgelöst in Gerechtigkeit*
- 8 *fiph ausblick*
- 14 *fiph Terminübersicht*
- 16 *Nachruf Bischof Homeyer*
- 18 *Schwerpunktthema: Klimawandel Klimawandel als philosophische Herausforderung*
- 20 *pro & contra*
- 23 *fiph rückblick*
- 27 *Schwerpunktthema: Klimawandel Preisverleihung Philosophischer Buchpreis 2010*
- 30 *Philosophie am Kröpke Ist der Klimawandel ungerecht?*

Schwerpunktthema: Klimawandel

Menschenrechte zukünftiger Generationen?

Bei der „United Nations Conference on Environment and Development“, dem „Erdgipfel“ in Rio de Janeiro im Juni 1992, haben 166 Staats- und Regierungschefs das Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen unterzeichnet. Darin bringen sie zum Ausdruck, dass Klimaschutz für die Völkergemeinschaft nicht nur eine technisch und politisch, sondern auch eine normativ höchst anspruchsvolle Aufgabe ist: „Die Vertragsparteien sollen auf der Grundlage der Gerechtigkeit und entsprechend ihren gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und ihren jeweiligen Fähigkeiten das Klimasystem zum Wohl heutiger und künftiger Generationen schützen.“ Ganz in diesem Sinne betonen die Unterzeichnerstaaten der parallel erarbeiteten Rio-Deklaration, dass die künftige Entwicklung so zu gestalten sei, dass „den Entwicklungs- und Umweltbedürfnissen heutiger und künftiger Generationen in gerechter Weise entsprochen wird“. Dass die anthropogene Beeinflussung des globalen Klimas eine Frage der Gerechtigkeit und eines der zentralen ethischen Probleme der Gegenwart darstellt, ist also nicht die Sondermeinung exzentrischer Moralisten oder überbesorgter Umweltschützer.

Das Verhältnis der einen Gerechtigkeit im Singular zu den Rechten des Menschen im Plural lässt sich folgendermaßen auf den Punkt bringen: „Die Menschenrechte sind ein Ausbuchstabieren des Gerechtigkeitsgebots im Detail“ (Friedhelm Hengsbach: Eine amerikanische Herausforderung, in ders: Gegen Unmenschlichkeit in der Wirtschaft, Freiburg/Basel/Wien 1987, S. 258). Führt man sich die gegenwärtigen und zu erwartenden bzw. möglichen Folgen des anthropogenen Klimawandels vor Augen, so zeigt sich, dass sie bzw. besser: die ihn primär auslösenden Akteure grundlegende Men-



Andreas Lienkamp ist Professor für theologisch-ethische Grundlagen Sozialer Arbeit an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin und Preisträger des vom fiph ausgeschriebenen Philosophischen Buchpreises 2010 „Denken des Klimawandels“.

► Fortsetzung S. 3



Forschungsinstitut
für Philosophie Hannover

Gerberstraße 26
30169 Hannover
Fon (05 11) 1 64 09-30
Fax (05 11) 1 64 09-35
kontakt@fiph.de
www.fiph.de

weiter denken

Liebe Leserinnen und Leser!



„Denken des Klimawandels“ – so lautete die Ausschreibung des erstmalig im September verliehenen Philosophischen Buchpreises. Der Preis wurde in einer öffentlichen Feierstunde Herrn Prof. Dr. Andreas Lienkamp für sein Buch „Klimawandel und Gerechtigkeit“ überreicht. Mit diesem Preis möchte das **fiph** Themen in das Zentrum der philosophischen Öffentlichkeit rücken, die in den fachphilosophischen Debatten allenfalls am Rande diskutiert werden. Prof. Dr. Ulrich Hemel (Vorstandsvorsitzender der Stiftung „Forschungsinstitut für Philosophie Hannover“) wies in der Feierstunde vor großem Auditorium darauf hin, dass der Preis ein Anstoß zu einer intensiveren Beschäftigung mit Gegenwartsfragen sein soll: „Will man aber zu neuen philosophischen Debatten herausfordern, so müssen Grenzen überschritten werden. Das heißt: Ein Philosophischer Buchpreis ist nicht eingeengt auf fachphilosophische Publikationen. Die attributive Bestimmung ‚philosophisch‘ wird hier also gerade nicht fachphilosophisch, sondern grenzüberschreitend, ja geradezu alltags-sprachlich interpretiert. Der Autor oder die Autorin des zu prämierenden Buches muss also nicht unbedingt Philosoph oder Philosophin sein. Aber das Buch muss zu philosophischen Fragen geradezu herausfordern und zu ihnen hinführen!“ Mit der Überschrift „Denken des Klimawandels“ lassen sich aber auch große Teile unserer Arbeit der letzten Monate zusammenfassen. So konstituierte sich Anfang des Jahres auf Initiative des Umweltbeauftragten im Bistum Hildesheim, Ansgar Holz knecht, und auf Wunsch des Generalvikars, Dr. Werner Schreer, am **fiph** ein Arbeitskreis, um eine Stellungnahme zur Frage der Kernenergie anzufertigen. Diese Stellungnahme wurde im Juli 2010 unter dem Titel „Kirche – Kernenergie – Klimawandel“ veröffentlicht. Sie fand rasch starke Verbreitung in den Medien, und die Diskussion dauert bis heute an. Mittler-

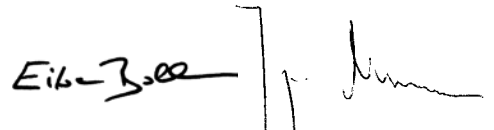
weile wurde die Stellungnahme zusammen mit den zugrunde gelegten Dokumenten in Buchform veröffentlicht (siehe Neuerscheinung, S. 29).

So wird es wohl auch nicht überraschen, dass wir den Klimawandel zum Schwerpunktthema dieses Journals gewählt haben. Den Startartikel bildet ein geringfügig überarbeiteter Auszug aus dem prämierten Buch von Andreas Lienkamp, der emphatisch für eine Pflicht zur Achtung der Menschenrechte zukünftiger Generationen eintritt. Anton Leist stellt die Begriffe der Nachhaltigkeit und der Gerechtigkeit einander gegenüber und vertritt die These, dass nur in eingeschränkter Form von Rechten künftiger Generationen gesprochen werden könne. Volker Drell arbeitet vier Aspekte heraus, unter denen sich der Klimawandel als Herausforderung für die Philosophie bzw. für die Formulierung einer ökologischen Moral erweist.

Im Editorial des letzten Heftes hatten wir kurz vor Redaktionsschluss den Tod von Bischof Dr. Josef Homeyer, dem Gründungsvater des Instituts, zu beklagen. Eine Würdigung seines intellektuellen Werdegangs und seiner Wirkung finden Sie in den Artikeln von Jens Lüpke und Rémi Brague auf S. 16/17.

Hervorheben möchten wir schließlich noch das Festival der Philosophie, das im April in Hannover stattfand und vom **fiph** mitorganisiert und durchgeführt wurde. In über 58 Veranstaltungen mit 100 Referenten/innen diskutierten 7000 Teilnehmer Fragen, die sich aus dem Spannungsfeld „Mensch-Natur-Technik“ ergeben.

In der Hoffnung, mit unseren Veranstaltungen und diesem Journal einen Beitrag zum „Denken des Klimawandels“ zu leisten, grüßen wir Sie herzlich


EIKE BOHLKEN/ JÜRGEN MANEMANN

► Fortsetzung von S. 1

schenrechte verletzen oder bedrohen. Dies sei eine neue Herausforderung, die die besondere Aufmerksamkeit der Menschenrechts-Gemeinschaft verdiene.

Neben den gegenwärtig Armen und Machtlosen werden die kommenden Generationen durch den Klimawandel in besonderer Weise betroffen sein. Mit ihnen teilen sie die Lage, dass sie auf heutigen Märkten keine Kaufkraft besitzen und zudem im politischen Prozess keine Stimme haben. Aber im Unterschied zu den Lebenden besitzen die Kommenden noch nicht einmal eine theoretische Chance, daran etwas zu ändern. Im Folgenden soll deshalb die Frage erörtert werden, ob kommende Generationen Inhaber von Menschenrechten sind, die die Lebenden schon jetzt zu achten und zu schützen haben. Mit Micha Brumlik ließe sich die Frage folgendermaßen zuspitzen: „Läßt sich gehaltvoll davon sprechen, daß Menschen, von denen heute niemand wissen kann, ob sie überhaupt jemals existieren werden, Rechte haben?“ Brumlik antwortet darauf mit einer rhetorischen Frage, die schon in die Richtung weist, in der eine Lösung zu suchen ist: „Wie soll andererseits eine langfristige Verantwortung für Natur und Gesellschaft gedacht werden, wenn den heute noch nicht bekannten, möglichen Menschen nicht mindestens ein schwacher moralischer Anspruch eingeräumt wird?“

Das Gemeinsame Wort der Kirchen „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ von 1997 bleibt nicht bei einem schwachen Anspruch stehen, sondern spricht ausdrücklich von dem Recht der künftigen Generationen auf ein Leben in intakter Umwelt. Der Klimawandel, so streicht auch der Stern Review heraus, tangiere nicht nur die Rechte jetzt Lebender: „Impacts of climate change on future generations (...) raise very firmly questions of rights.“ Ist Gerechtigkeit nach der klassischen Definition des römischen Rechtslehrers Ulpian der feste und beständige Wille, jeder und jedem sein Recht zu geben, so wäre Generationengerechtigkeit relativ leicht, aber noch sehr formal zu bestimmen als der feste und beständige Wille, jeder Generation ihr Recht zu geben – eine Deutung, die für die (mensen-)rechtliche Diskussion der Moderne durchaus anschlussfähig ist.

Was aber ist gemeint, wenn es in der Schlusserklärung der Wiener UN-Menschenrechtskonferenz von 1993 an prominenter Stelle heißt, dass der „universale“ Charakter der Rechte und Freiheiten außer Frage stehe? Was heißt hier „universal“? Bedeutet es nur „weltweit“ im Sinne räumlich entgrenzter Geltung (was schon viel wäre), oder ist es darüber hinaus in der Bedeutung von „allgemein“ in einem zeitübergreifenden Sinn zu verstehen? Nur diese zweite, umfassende Deutung, also die „raumzeitliche Interpretation des Prinzips der Universalität“ (Werner Veith: *Intergenerationelle Gerechtigkeit*, Stuttgart 2006, S.155), ist angemessen, da ansonsten nicht von wirklicher Universalität gesprochen werden kann.

Die Auffassung, dass zukünftige Generationen Menschenrechte besitzen, stößt aber nach wie vor auf großen Widerspruch. Dagegen wird unter anderem eingewandt, dass Rechte nur habe, wer auch Pflichten übernehmen könne. Dem lässt sich entgegen, dass etwa in der deutschen Rechtsordnung selbst ungeborene Menschen schon Rechte haben (z.B. das Recht auf Leben nach § 219 I StGB), ohne dass dem irgendwelche Pflichten gegenüberstehen. Sind aber, so wird weiter gefragt, zukünftige Generationen nicht dadurch einseitig im Vorteil, dass sie nur Rechte gegenüber den Lebenden haben, wäh-

rend die Heutigen ihnen gegenüber nur Pflichten haben? Dem lässt sich mit Klaus Steigleder entgegenhalten, dass „zukünftige Menschen selbst wiederum in der gleichen Weise wie wir Pflichten gegenüber (von ihnen aus gesehen) zukünftigen Menschen haben, die in deren Rechten begründet sind“ (Klaus Steigleder: *Zwischen Tagespolitik und Politik für zukünftige Generationen*, www.ruhr-uni-bochum.de/philosophy/mam/ethik/content/steigleder-future_generations.pdf, 2006, S.5). Und auch die gegenwärtigen Generationen hatten ja schon vor ihrer Existenz Rechte gegenüber den Vorfahren, die ihrerseits den damals noch nicht existenten Menschen gegenüber nur Pflichten hatten. Dies ist eine logische Konsequenz des weitestgehend anerkannten Konzepts der „phasenverschobenen Gerechtigkeit“.

Als weiteres Gegenargument ist zu hören, dass kommende Generationen keine Rechte haben könnten, da von Rechten nur dann die Rede sein könne, wenn es identifizierbare Interessen gäbe. Von solchen wiederum könne nur gesprochen werden, wenn identifizierbare Individuen existierten, denen zu schützende Interessen zugeordnet werden könnten. Richtig daran ist, dass uns bezogen auf die kommenden Generationen aufgrund fehlender Informationen über deren exakte Umstände, d.h. ihre konkrete Situation und die damit verbundenen spezifischen Bedürfnisse und Interessen, keine andere Wahl bleibt, als mindestens unsere grundlegenden gegenwärtigen Bedürfnisse und Interessen zu extrapolieren.

Worin aber könnte der Fehler eines solchen Vorgehens liegen? Ist es denn wirklich wahrscheinlich, anzunehmen, dass sich die condition humaine so sehr ändert, dass es besser erscheinen könnte (für wen?), kommenden Generationen nicht wenigstens annähernd die gleichen basalen Bedürfnisse und Interessen wie den heutigen zu unterstellen? Auch die im Detail unterschiedlichen Präferenzen der jetzt Lebenden führen ja nicht zu einer Abkehr von universalen Menschenrechten, etwa auf Leben oder leib-seelische Unversehrtheit. Schließlich handelt es sich um Rechte auf Grundgüter, welche die Bedingung der Möglichkeit (guten) menschlichen Lebens darstellen (transzendente oder konditionale Güter). Zudem ist die universale Geltung grundlegender Rechte auch heute durchaus mit unterschiedlichen inhaltlichen Füllungen vereinbar, wie am Begriff des „soziokulturellen“ Existenzminimums deutlich wird. Kann es vielleicht sein, dass es sich bei diesem und anderen Gegenargumenten nur um den Versuch handelt, sich die Ansprüche künftiger Menschen „vom Leibe“ zu halten?

Manche fordern nun, es sei notwendig, ein Bewusstsein der eigenen Rechte zu haben oder Rechte selbst einfordern zu können, um tatsächlich Trägerin oder Träger solcher Rechte zu sein. Dazu ist zu sagen, dass wir dies aus gutem Grund auch bei Lebenden nicht zur Voraussetzung machen. Denn sonst müssten z.B. Menschen im tiefen Koma oder mit schwerster geistiger Behinderung aus der Rechtsgemeinschaft ausgeschlossen werden. Wie will man (ganz abgesehen von der Inhumanität dieses Ansinnens) angesichts fließender Übergänge und nicht auszuschließender individueller oder medizinisch-technischer Entwicklungen eine Zäsur begründen, die einen Zustand mit Rechten von einem ohne Rechte scheidet? Auch Neugeborene ließen sich als Gegenargument anführen, auch wenn diese – größtenteils – einmal das geforderte Bewusstsein haben werden und dies dann auch äußern können. Aktuell werden aber auch sie der eingeforderten Bedingung nicht gerecht. Und trotzdem spricht ihnen (abgesehen von einigen wenigen, wie etwa Peter

► Fortsetzung von S. 3

Singer) niemand den Status eines Rechtssubjektes ab. Man muss deshalb, auch darin ist Steigleder zustimmen, unterscheiden zwischen „einen Anspruch erheben“ und „einen Anspruch haben“. Nur Letzteres sei für Anspruchsrechte von Belang.

Eine weitere Kritik geht dahin, dass es völlig ausreiche, von der Verantwortung oder von Pflichten der jetzt lebenden Generationen zu sprechen. Dies hätte den Vorteil, nicht die schwierige Konstruktion der Rechte Ungezeugter bemühen zu müssen. Der am 9. November 2006 von über einhundert Abgeordneten aller Bundestagsfraktionen (mit Ausnahme der Linken) vorgeschlagene neue Artikel 20b GG geht mit dem Postulat einer staatlichen Schutzpflicht für die Interessen künftiger Generationen ganz offenbar diesen Weg. Dagegen spricht allerdings, dass die gegenwärtigen Generationen – ohne ein ausdrückliches Junktim mit entsprechenden Rechten der künftigen – einen starken Anreiz haben, die genaue Definition ihrer Pflichten jeweils zu ihren Gunsten und zu Lasten künftiger Generationen auszugestalten. Rechte (der kommenden Generationen) bieten einen höheren Schutz als Pflichten (der jetzt lebenden). Werden die kommenden Menschen Inhaber der universalen Menschenrechte sein, so ist aufgrund des inzwischen erreichten Niveaus der juristischen Auslegungspraxis dieser Rechte eine Umdeutung oder Abschwächung weniger leicht möglich.

Es sei eine Binsenwahrheit, so Steigleder, dass Menschen, die (noch) nicht existierten, noch keine Rechte haben könnten. Aber in der Zukunft werden Menschen leben, „die Rechte haben werden und zwar die gleichen Rechte wie wir“. Und diese Zukunft beginnt im jeweils nächsten Augenblick. Gegenwärtig werden global betrachtet in jeder Sekunde durchschnittlich 4,4 Kinder geboren. Hat man diese vor Augen, so leuchtet unmittelbar ein, dass die zukünftigen Rechte

der Kommenden schon jetzt Ansprüche an alle Handlungsfähigen richten. Von ihnen hängt es ab, ob die zukünftig Lebenden über die allen Menschen zustehenden Voraussetzungen für eine handelnde Selbstentfaltung verfügen oder nicht. „Entsprechend erwächst uns aus den Rechten, die zukünftige Menschen haben werden, heute die Pflicht, diese Rechte zu achten und entsprechend zu handeln.“ (Steigleder 2006, S. 4). Den Künftigen komme es zu, dass wir in all unserem Tun und Lassen heute „dem normativen Status, den sie besitzen werden“, Rechnung tragen.

Die Position des Ethikers Steigleder deckt sich weitgehend mit der des Rechtswissenschaftlers Herwig Unnerstall. Allerdings spricht Letzterer nicht von Rechten zukünftiger Generationen, wohl aber von „zukünftigen Rechten zukünftiger Individuen“. Aber auch diese Rechte hätten, und darin liegt die Übereinstimmung, „schon normative Konsequenzen in der Gegenwart; denn zukünftige Rechte können durch Handlungen in der Gegenwart verletzt werden“ (Herwig Unnerstall: Rechte zukünftiger Generationen, Würzburg 1999, S. 450). Dies mahnte übrigens schon der Brundtland-Bericht an, als er feststellte, dass die Folgen der gegenwärtigen Verschwendung die Optionen der kommenden Generationen in rasantem Tempo verringerten. Die Entscheidungen, die wir heute fällen, beeinflussen das Wohlergehen aller Menschen, die nach uns kommen – ebenso wie die Integrität und Stabilität des Planeten, den sie „erben“ werden.

Mit dem 2010 erstmals verliehenen Philosophischen Buchpreis möchte das fiph die Aufmerksamkeit auf drängende philosophische Gegenwartsfragen lenken und die Bemühungen zu ihrer Beantwortung fördern. Der Text stellt einen Auszug aus dem prämierten Buch „Klimawandel und Gerechtigkeit. Eine Ethik der Nachhaltigkeit in christlicher Perspektive“ (Paderborn: Schöningh 2009) dar. Die Laudatio von Hans Joas finden Sie auf S. 28/29.



DRELLS BUCHEMPFEHLUNG



Volker Drell
ist wissenschaftlicher
Mitarbeiter am fiph
und betreut dort u.a.
die Bibliothek.

Frischer Blick auf schwarze Flecken

Die ethische Fachdiskussion tut sich meist schwer mit Beispielen. Daher ist es ein großer Vorzug von Arnd Pollmanns Buch „Unmoral. Ein philosophisches Handbuch“, dass es die Fälle „eindeutiger Unmoral“ in beachtlicher Breite und sehr lebensnah darstellt und erörtert. Unter 21 Stichworten wie „Ausbeutung“, „Missachtung“ und „Gewalt“ analysiert Pollmann die jeweilige (Un-)Tat, grenzt sie erhellend von ähnlichen Handlungsweisen ab und bezieht sie auf das jeweils verletzte moralische Grundgut. Mit diesen Einzelanalysen versucht er, für seine philosophisch anspruchsvolle These zu argumentieren, dass „die meisten Menschen lernen, was Moral ist, indem sie erfahren, was es heißt, mit deren Gegenteil konfrontiert zu sein“. Eingerahmt wird der Hauptteil durch eine Hinführung zu Grundbegriffen und -positionen der Moralphilosophie sowie durch eine Reflexion über Gründe unmoralischen Verhaltens und über den Umgang mit diesem. Pollmann ist nicht der erste, der den Fokus auf „das Unwesen der Unmoral“ lenkt, aber durch seine lockere Sprache und den Mut zur Pointe gelingt ihm eine in Teilen sogar heitere Darstellung, die auch für ein breiteres Publikum ein guter Anlass zu weiteren Diskussionen sein kann.



Arnd Pollmann:
Unmoral.
Ein philosophisches
Handbuch. Von Aus-
beutung bis Zwang
München: Beck 2010,
301 Seiten, 14,95 Euro

PHILOSOPHISCHES INTERVIEW



Annemarie Pieper

ist emeritierte Professorin für Philosophie an der Universität Basel und Romanautorin.

fiph: *Sehr geehrte Frau Pieper! Sie sind seit einigen Jahren emeritiert. Wie denkt es sich als Philosophin im „Ruhestand“? Woran arbeiten Sie?*

Ich halte viele Vorträge über philosophische Themen vor einem nichtakademischen Publikum, diskutiere auf Podien über gesellschaftspolitische Probleme, führe in Radio und Fernsehen interdisziplinäre Gespräche und schreibe eine monatliche Kolumne für eine Schweizer Tageszeitung. Kurz: Ich versuche die Philosophie unters ‚Volk‘ zu bringen, was bei vielen meiner Kollegen immer noch als verpönt gilt. Aber das öffentliche Interesse an Philosophie ist riesig, und wer könnte es kompetenter befriedigen als Mitglieder unserer Zunft? Nebenher bin ich zu einer alten Liebe zurückgekehrt, der Belletristik. Mein erster Roman „Die Klugscheisser GmbH“ (2006) spielt in einer philosophischen Praxis und enthält philosophische Dialoge über Fragen, die von existenzieller Bedeutung (nicht nur) für das Romanpersonal sind. Mein neuer Roman „Satans Austreibung“ tendiert zur Spannungsliteratur und berührt philosophische Probleme nurmehr implizit.

fiph: *Aus der Perspektive einer feministischen Ethik benannt Sie als Fernziele das „System einer weiblichen Ethik“ sowie „den Entwurf einer ganzheitlichen Ethik, die die Prinzipien von männlich und weiblich orientierten Moralien integriert“. Sehen Sie Erfolg versprechende Schritte auf diese Ziele hin?*

Ich selber habe dieses Projekt im akademischen Umfeld inzwischen aufgegeben, weil die meisten Kollegen nach wie vor innerlich auf Abwehr gehen, wenn das Wort „feministisch“ fällt. Mir wäre es wichtig gewesen, dass auch einmal aus männlicher Sicht über die eingeübten Geschlechterrollen nachgedacht wird, aber unter den Herren Philosophen tut sich diesbezüglich fast nichts. Nachdem mir ein Soziologe vor noch nicht allzu langer Zeit versicherte, das sei alles Quatsch und erübrige sich für ihn, denn er hätte ganz bestimmt kein „gender“, ist mir die Lust an derartigen ethischen Überlegungen vergangen. Mit einer ganzheitlichen Ethik, in welcher die moralischen Prinzipien männlicher und weiblicher Verhaltensmuster nicht mehr gegeneinander ausgespielt werden, ist daher vorerst nicht zu rechnen.

fiph: *Sie haben sich in Ihrem Buch „Gut und Böse“ und auch in neueren Vorträgen eingehend mit dem Thema des Bösen befasst. Welche Rolle kommt dem Bösen heute in der Moralphilosophie zu?*

Vom Bösen ist heute meistens in einem ideologischen Sinn die Rede („Achse des Bösen“), wohingegen die zeitgenössische Moralphilosophie sich primär für das Gute interessiert und das Nachdenken über dessen Gegenteil den Theologen überlässt. Der Begriff des Bösen war im abendländischen Diskurs eng mit dem Freiheitsprinzip verbunden; so wurde der klassische Autonomiebegriff im Anschluss an Kant als Freiheit zum Guten und zum Bösen definiert. Wenn in der Neurobiologie und Gehirnphysiologie Freiheit als empirischer Begriff gehandelt und experimentell zum Verschwinden gebracht wird, trifft dies auch die Begriffe „gut“ und „böse“. Die Moralphilosophie wird überflüssig, es sei denn, sie verteidigt sich als normative Ethik, die (mit guten Gründen) davon ausgeht, dass im Zuge der kulturellen Evolution das Ich im Verbund mit dem Wir sein Gehirn programmiert hat – und nicht umgekehrt.

fiph: *Was ist Ihrer Meinung nach die wichtigste gegenwärtige Strömung in der Philosophie?*

Dominant scheint mir immer noch der Trend zur analytischen Philosophie, deren anödenende Wortklaubereien bereits meine Studierenden zum Gähnen langweilig fanden. Für wichtig halte ich die Versuche, gegen den Mainstream anzuschwimmen, um der Vielfalt philosophischer Themen historisch wie systematisch einen Spielraum zu geben, der nicht von vornherein durch eine Einheitsmethode eingeengt ist.

fiph: *Welchen Themen sollten Philosophen und Philosophinnen mehr Beachtung schenken?*

Die Existenzphilosophie wird seit langem sträflich vernachlässigt. Dabei sind Themen wie Angst und Verzweiflung, Geburt und Tod, Leben und Sterben, Sinn und Glück etc. Dauerbrenner bei den Studierenden. Außerdem würde ich Untersuchungen zur Urteilskraft begrüßen, vor allem der ästhetischen Urteilskraft, deren methodische Vermittlung zwischen Allgemeinem und Besonderem wegweisend ist für die theoretische und die ethisch-praktische Urteilsbildung.

fiph: *Glauben Sie, dass es in der Philosophie Fortschritt gibt?*

Ich habe die Geschichte der Philosophie stets als einen Dialog aufgefasst, der mit wechselnden Schwerpunkten über die Jahrhunderte geführt wurde. Ob die auf einer Metaebene konstatierten Paradigmenwechsel (z.B. vom ontologischen über das mentalistische zum linguistischen Paradigma) einen Fortschritt im Denken darstellen, lasse ich dahingestellt. Für mich markieren sie einen Perspektivenwechsel, der neue Problemlösungen ermöglicht, ohne dass dadurch die alten Fragen obsolet würden.

fiph: *Haben Sie gegenwärtig Lieblingsphilosoph(inn)en, deren Werke Sie besonders gern lesen?*

Immer noch und immer wieder: Nietzsche, Kierkegaard, Camus. Dazu Platon, Kant und Foucault.

Die Fragen stellte Eike Bohlken.

Nachhaltigkeit, aufgelöst in Gerechtigkeit



Anton Leist ist Professor für Philosophie an der Universität Zürich.

Wenn wir von „Nachhaltigkeit“ ganz allgemein sprechen, meinen wir dann mehr und anderes, als wenn wir von Gerechtigkeit zwischen den Generationen sprechen? „Nachhaltige Entwicklung“ sei, so die bekannte Definition der Brundtland-Kommission von 1987, eine Entwicklung, bei der die gegenwärtigen Generationen ihre Bedürfnisse erfüllen, ohne die Chancen der zukünftigen Generationen zu verringern, die ihrigen zu befriedigen. Damit legt die Definition eine intergenerationelle Bedingung fest. Warum spricht sie aber nicht einfach nur von „Nachhaltigkeit“ oder beispielsweise von „nachhaltigem Wohlstand“? Einmal deshalb, weil mit dem Begriff „Nachhaltigkeit“ die Forderung nach Konstanz oder gar Wachstum des Wohlstandsniveaus unter der Bedingung von knapper werdenden natürlichen Ressourcen betont werden soll. Zum anderen deshalb, weil der Begriff „Entwicklung“ die Hoffnung signalisiert, dass sich das Wohlstandsniveau in den schlechter bestellten Ländern steigern lässt. Die Definition spricht also nicht nur direkt ein in die Zukunft hineinreichendes intergenerationelles, sondern indirekt auch ein auf die Gegenwart bezogenes Verhältnis zwischen reichen und armen Ländern an.

Die Definition der nachhaltigen Entwicklung ist deshalb nicht vorrangig empirisch, sondern normativ gemeint. „Nachhaltige Entwicklung“ ist ein „dichter“ normativer Begriff, in dem normative Forderung und deskriptiver Inhalt verschmolzen sind. Die Gesellschaften, darunter auch die westlichen, sollen sich nachhaltig entwickeln. Wird das weltweit gedacht, so ist die internationale Ungleichheit mit berücksichtigt. Wer bereit ist, sich für die fernen Zukünftigen zu engagieren, der dürfte auch bereit sein, sich für die gegenwärtigen Armen zu engagieren. Naturwissenschaftler und Politiker, die zunächst den Begriff „Nachhaltigkeit“ aufgriffen, hegten eine verständliche Skepsis gegenüber derartigen moralischen Forderungen und suchten vielleicht deshalb eine nicht-moralische Interpretation des Begriffs. Verständlich ist diese Skepsis, weil unklar ist, ob es zwischen Generationen und Gesellschaften überhaupt so etwas wie moralische Verhältnisse geben kann. Wenn die Brundtland-Formel fordert, dass die gegenwärtigen Generationen ihre Bedürfnisse nicht auf Kosten der zukünftigen Generationen befriedigen sollten, legt das ein Gerechtigkeitsargument nahe. Es wäre demnach ungerecht, heute so viel Natur zu verbrauchen, dass die Zukünftigen ihre Bedürfnisse nicht mehr zu erfüllen imstande sind.

Angenommen, wir könnten die Formel derart umschreiben, bleiben zwei Fragen dennoch aktuell. Erstens, lässt sich tatsächlich von Gerechtigkeit „zwischen den Generationen“ sprechen? Ist der Begriff der Gerechtigkeit auf ein solches Verhältnis anwendbar? Zweitens, warum hat sich

die moralische Reformulierung nicht so weit durchgesetzt, dass sie die Rede von „Nachhaltigkeit“ abgelöst hätte? Die moralische Formel würde doch viel besser und expliziter erklären, warum wir uns beschränken sollen. Beginnen wir mit der Diskussion dieser zweiten Frage. Der Begriff Nachhaltigkeit ist deshalb nützlich, weil mit ihm ein die Natur betreffender Systemerhalt charakterisiert werden kann. Mit „System“ ist entweder ein begrenzter Naturbestand gemeint oder die Nutzung eines begrenzten Naturbestands durch den Menschen. Ökologen reden beim ersten Gebrauch auch von „Elastizität“, „Resilienz“ oder „Integrität“. Der „Erfinder“ des Begriffs Nachhaltigkeit, Oberberghauptmann von Carlowitz, hatte 1713 mit Blick auf die Forstwirtschaft seines Herzogs den zweiten Gebrauch im Sinn. Für Ökologen ist ein nachhaltiges Biotop eines, das sich durch externe, auch natürliche, Störungen nicht in seinem Bestand erschüttern lässt. Für Forstwirte oder Fischer ist ein nachhaltiges System eines, das gleichbleibende Erträge bringt. Die Vorstellung des Systemerhalts passt auch auf künstliche Gebilde. Ein „nachhaltiges Gebäude“ ist eines, das für seinen Erhalt die Umwelt nur minimal belastet, also gleichsam energetisch abgeschlossen ist. In diesen Beispielen wird der Begriff „Nachhaltigkeit“ regional verwendet. Eine global erweiterte Verwendung des Begriffs muss jedoch eine andere Bedeutung haben, weil regionaler, interner Systemerhalt nicht verallgemeinerbar ist. Ein Forst als Ansammlung von Bäumen auf einem begrenzten Raum ist dann nachhaltig, wenn er mehrere Generationen überdauert und die gefälltten Bäume durch neu heranwachsende ersetzt werden. Dabei geht es also um einen Kreislauf. Kann es im globalen Maßstab einen vergleichbaren Kreislauf geben, der von sich aus angibt, wann nachhaltig gewirtschaftet wird? Undenkbar ist das deshalb, weil die moderne Lebensweise auf nicht-regenerative Rohstoffe (im Unterschied zu von Carlowitz' regenerativem Forst) nicht verzichten kann. Der Umgang mit regenerativen Rohstoffen kann nicht das Vorbild sein.

Warum auch sollte Natur nicht verbraucht werden? Im Gedankenexperiment lässt sich der vollständige Systemerhalt der gegenwärtigen natürlichen Umwelt denken – aber warum sollte er zum menschlichen Ideal werden? Eine naturreligiöse oder ästhetische Haltung müsste dann die menschlichen Bedürfnisse übertrumpfen. Im direkten Wortsinn sind die Bedürfnisse das, was zum menschlichen Leben notwendig ist, etwa Nahrung, Sicherheit und Freiheit. Regenerativer Systemerhalt hochgerechnet würde ein kümmerliches Leben als Sammler bedeuten, denn schon für die Jagd haben die frühen Menschen Steine, schließlich Kupfer und Zinn „verbraucht“. Dass sich aufgrund dieser Umstände der regionale Begriff der Nachhal-

tigkeit nicht als Modell für den globalen eignet, lässt sich auch so ausdrücken, dass Nachhaltigkeit nicht allein als gleiche Nutzung der Rohstoffe verstanden werden kann. Bei den nicht-erneuerbaren Rohstoffen, wie insbesondere den fossilen Brennstoffen, würde das genau genommen heißen, dass diese Stoffe nicht mehr verbrauchend durch Arbeit in lebensdienliche Güter umgesetzt werden dürfen. Vernünftigerweise werden die Zukünftigen die lebensdienlichen Güter jedoch vorziehen. Weil sie wie wir Wert auf reales Kapital, Technologien, Infrastruktur und Wissen legen werden, muss irgendwie eine Gleichheit des Gesamtpakets von nicht-erneuerbaren Rohstoffen und verschiedensten kulturellen „Kapitalien“ gefordert werden. Wie ist aber gegenüber so verschiedenartigen Gütern ein vergleichendes Urteil zu fällen? Das mag noch angehen, wenn etwa knappes Öl durch eine Technik oder Kultur (den Hybridantrieb oder Car-Sharing) ersetzt wird. Aber wie ist eine kulturelle Errungenschaft wie die Entzifferung des Genoms mit dem dafür nötigen Energieverbrauch verrechenbar? Ein solches Rechnen muss nicht prinzipiell unmöglich sein – sicher ist nur, dass es nicht ohne das Kriterium des menschlichen Wohls, oder der Bedürfnisse, geht. „Gleichheit von Ressourcen“ allein für sich ist deshalb ebenso wenig ein tragfähiges Kriterium, wie es die Nachhaltigkeit als purer Systemerhalt wäre. Etwas salopp gesagt: Nicht die Natur, sondern was wir brauchen, bestimmt den Sinn von Nachhaltigkeit.

Nun richtet sich freilich zu Recht Skepsis auch gegen eine solche Aussage. Wir Westler decken durch unseren Umgang mit der Natur heute mehr als nur unsere Bedürfnisse. Wäre unser hoher Wohlstand noch gerechtfertigt, wenn den Zukünftigen ermöglicht wird, ihre elementaren Bedürfnisse zu decken? Weil Gerechtigkeit willkürliche Ungleichheit – unseren hohen Wohlstand, ihren niedrigen – ausschließt, scheint das mit ihr unvereinbar. Wie also sollen wir die Forderung der Formel verstehen? Etwa so, dass eine strikte Gleichheit des Wohlstands der Zukünftigen mit dem der Gegenwärtigen gemeint ist? Fordert die Gerechtigkeit, dass wir die Garantie des zukünftigen gleichen Wohlstands zur Bedingung unseres heutigen machen, und das sogar weltweit? Solche Forderungen sind zwar leicht geäußert, aber schwer zu begründen. Nun stellt sich unausweichlich die erste der vorhin unterschiedenen beiden Fragen. Lässt sich von Gerechtigkeit zwischen den Generationen überhaupt sprechen?

In einem an Rawls anschließenden Sinn fordert Gerechtigkeit, dass wir aktiv dazu beitragen, nicht nur die elementaren Bedürfnisse Anderer zu erfüllen, sondern auch ihre Chancen zu erhöhen und sie (über die Bedürfnisse hinaus) proportional am durchschnittlichen Wohlstand teilnehmen zu lassen. Vorausgesetzt dafür ist freilich, dass wir uns mit ihnen in einem Austausch zum gegenseitigen Vorteil befinden. Ohne eine solche Beziehung gilt nur das Verbot des Schädigens. Im transgenerationellen Maßstab ist diese Bedingung bestenfalls unter den drei zugleich lebenden Generationen erfüllt, und damit ist die Gerechtigkeit zwischen den Generationen zeitlich erheblich begrenzt. Als Angehöriger einer heute wirtschaftenden (mittleren) Generation untersteht man gerechten Forderungen nur gegenüber den Kindern, also für einen Zeitraum von etwa 30 bis 50 Jahren.

Nicht zeitlich begrenzt ist das Verbot des Schädigens. Wollen wir aber präzisieren, wann wir schädigen, wird wiederum aktuell, wie sich schlechte Hinterlassenschaften durch technologische Vorteile kompensieren lassen. Ein schlichtes Verbot des Schädigens, ange-

wandt etwa gegenüber der Endlagerung von atomar verseuchtem Material, ist schon deshalb unsinnig, weil dieses Material ja bereits existiert und entsorgt werden muss. Unangebracht wäre es aber auch deshalb, weil die Zukünftigen vom Nutzen des Atomstroms indirekt Vorteile genießen und diese Vorteile verrechnet werden müssen. Unausweichlich führt das Schädigungsverbot deshalb immer in die Aufgabe hinein, eine angemessene Balance zwischen solchen Vor- und Nachteilen zu finden.

Was ist nun, insgesamt, die Antwort auf die Frage, ob wir, wenn wir von „Nachhaltigkeit“ sprechen, mehr meinen, als wenn wir von „Gerechtigkeit“ sprechen? Sprechen wir von regionaler Nachhaltigkeit und meinen damit einen je speziellen Systemerhalt, so bedarf dieser immer einer bilanzierenden Einordnung in eine umfassendere Entwicklung. Das nachhaltige Gebäude ist mit wenig nachhaltigem Aufwand erbaut worden, verdankt sich einem Kapital, das nicht nachhaltig erwirtschaftet wurde, usw. Die Vorstellung, dass sich viele nachhaltige Systeme in ihrer Wirkung addieren, ist eher eine Hoffnung als eine Sicherheit. Häufig zehrt die Nachhaltigkeit des einen Systems sogar vom gesteigerten Verbrauch eines anderen Systems. Die regionale benötigt deshalb die globale Nachhaltigkeit als Maßstab.

Sprechen wir von globaler Nachhaltigkeit, so meinen wir eigentlich ein Gesamtsystem des gerechten Naturverbrauchs, intra- und intergenerationell. Ein intergenerationell gerechter Naturverbrauch macht aber nur Sinn innerhalb des zeitlich begrenzten moralischen Raums der Austauschbeziehung zwischen Eltern und Kindern. Vielleicht reicht dieses zeitlich kurze Band der treuhänderischen Übergabe eines Pakets von natürlichen Ressourcen und kulturellen Gütern – bei annäherndem Konsens über deren ausgewogenes Verhältnis – auch für die späteren Generationen. Möglicherweise erweist es sich allerdings tatsächlich nur als ein parteiischer Pakt der Gegenwärtigen zu Lasten der ferner Zukünftigen. Zugunsten ihrer lässt sich heute leider nicht mehr sagen.



www.fiph.de

Hier finden Sie aktuelle Informationen über unsere Arbeit.

Gehen Sie online, und denken Sie mit uns dort weiter!

fiph ausblick

VORTRAGSREIHE

Vorträge der fiph-Fellows



Auch im kommenden Wintersemester präsentieren unsere Fellows Teile ihrer Forschungsprojekte am fiph.

02.11.2010 Dr. Yoko Arisaka: „Das Paradox der Würde: Der alltägliche Rassismus und das Scheitern des Multikulturalismus“: Obwohl der Multikulturalismus die Wertschätzung anderer Kulturen, den Prozess der Integration und die Bekämpfung des Rassismus fördern sollte, bleibt alltäglicher Rassismus eine Realität. Die Begriffe von Gleichheit, Achtung und Würde sind zwar institutionalisiert, aber gegen alltäglichen Rassismus zeigen sie wenig Wirkung. Der Vortrag zeigt, dass dies zum Teil auf ein „Paradox der Würde“ zurückzuführen ist: Die ontologischen und erkenntnistheoretischen Voraussetzungen des Würdebegriffs und die Ausschaltung des Begriffs „Rasse“ in der deutschen Sprache verdecken oder verhindern einen wichtigen Weg, um Rassismus zu bekämpfen. Als Alternative wird ein dreistufiger Ansatz eines „racial empowerment“ vorgestellt.

07.12.2010: Marie Kajewski: „Gegenwärtsschrumpfung, Traditionsverlust, Vertrauensschwund – Zur Aktualität der Thesen Hermann Lübbes“: Lange Zeit galten die westlichen Demokratien als leistungsfähige Vorzeigeregierungsform. Mittler-

weile können allerdings die Problemlagen der westlichen Gesellschaften nicht mehr ignoriert werden. Von Politikverdrossenheit und einem Demokratiedefizit ist die Rede, und es wird sogar die Postdemokratie vorausgesagt. Allerdings verpassen es die meisten dieser Problemanzeigen, die Kalamitäten der Demokratie in einen größeren Zusammenhang zu stellen. Möglich wird dies durch Rekurs auf den Ansatz Hermann Lübbes, der im Vortrag in seinen zentralen Thesen präsentiert und diskutiert werden wird.

18.01.2011 Prof. Dr. Karen Joisten: „Grundzüge der Geschichtsphilosophie Wilhelm Schapps“: Wilhelm Schapp gehörte zum engen Kreis der Schüler Edmund Husserls in Göttingen, unter dessen Betreuung er auch seine Promotion „Beiträge zur Phänomenologie der Wahrnehmung“ verfasste. Seine so genannte ‚Geschichtsphilosophie‘, die nicht mit Geschichtsphilosophie verwechselt werden darf, besteht insbesondere aus den drei Schriften: In Geschichten verstrickt. „Zum Sein von Mensch und Ding“ (1953), „Philosophie der Geschichten“ (1959) und „Metaphysik der Naturwissenschaft“ (1965). Hier entfaltet Schapp den wichtigen anthropologischen Gedanken des In-Geschichten-verstrickt-Seins des Menschen. Der Vortrag macht es sich zur Aufgabe, eine Rekonstruktion der Grundzüge von Schapps originärem Ansatz vorzunehmen und Perspektiven zu entwickeln, wie man ihn für unsere Zeit fruchtbar machen kann.

08.02.2011 Prof. Dr. Andreas Hetzel: „Zur moralischen Signifikanz des Nichtwissens“: Ethische Entscheidungen erfolgen in der Regel vor dem Hintergrund eines Nichtwissens, das nicht einfach als ein Nicht-Wissen abgetan werden kann, als ein Wissen also, das noch ausstehen würde und durch entsprechende Anstrengungen erworben werden könnte. Die ethische Entscheidung sieht sich vielmehr mit einem

prinzipiellen Nicht-wissen-Können konfrontiert. Im Vortrag wird die Frage aufgeworfen, ob uns dieses Nicht-wissen-Können dahingehend zu orientieren vermag, dass sich in ihm eine Brücke andeutet, die uns mit unseren Mitgeschöpfen verbindet. Richtet sich unsere Achtung und Anerkennung nicht primär auf das, was uns kognitiv entzogen bleibt?

Ort: Vortragsraum des fiph,
Gerberstraße 26, 30169 Hannover
18:00-19:30 Uhr, Eintritt frei

ÖFFENTLICHE VORLESUNG

Politik und Ethik. Grundfragen der Politischen Philosophie

Vom 03. November 2010 bis zum 26. Januar 2011 werden Jürgen Mann und Eike Bohlken mittwochs von 19.30-21.00 Uhr im Vortragsraum des fiph eine Vorlesung zum Verhältnis von Politik und Ethik halten.

Wie sollen wir zusammenleben? Diese Frage stellt sich in einer Zeit wie der heutigen, deren Signatur die Krise ist, mit besonderem Nachdruck. Vor diesem Hintergrund werden in der Vorlesung Staats-, Demokratie- und Öffentlichkeitstheorien von der Neuzeit bis zur Gegenwart diskutiert. Behandelt werden sollen auch die beiden Phänomene einer Rationalisierung der Öffentlichkeit im Sinne einer medialen Zurechtstufung politischer Themen und einer Profanierung der Politik durch die Trennung von Staat und Kirche. Davon ausgehend soll eine Verhältnisbestimmung von Religion und Demokratie an den Grenzen der Moderne entwickelt werden

Ort: Vortragsraum des fiph,
Gerberstraße 26, 30169 Hannover
Eintritt frei

P O R T R Ä T



Andreas Hetzel

ist Privatdozent für Philosophie an der Technischen Universität Darmstadt und ab Januar 2011 Fellow am fiph.

Von 1986 bis 1993 studierte ich Philosophie, Germanistik und Publizistik in Frankfurt am Main und Münster. Nach dem Abschluss des Studiums mit einer Masterarbeit zu Konzeptionen ästhetischer Welterschließung habe ich von 1993 bis zum Herbst 1996 am Institut für Philosophie der TU Chemnitz gearbeitet, davon zwei Jahre als Mitarbeiter auf einer DFG-geförderten Projektstelle zum Thema „Kultur und Macht“. 1996 wechselte ich ans Institut für Philosophie der TU Darmstadt, wo ich in den nächsten Jahren in verschiedenen Positionen tätig war, u.a. als Mitarbeiter auf einer DFG-Projektstelle zum Thema „Rhetorik und Pragmatik“ (1997-1999) sowie als Postdoc-Stipendiat und Koordinator im Graduiertenkolleg „Technisierung und Gesellschaft“. In Darmstadt wurde ich 1999 mit einer kulturphilosophischen Arbeit („Zwischen Poiesis und Praxis. Elemente einer

kritischen Theorie der Kultur“) promoviert und dann 2008 habilitiert. In meiner Habilitationsschrift, die Ende 2010 unter dem Titel „Die Wirksamkeit der Rede“ erscheint, rekonstruiere ich das Sprachdenken der klassischen Rhetorik, um ausgehend von ihm einige essenziellistische Implikationen der nachwittgenstein'schen Sprachpragmatik zu kritisieren.

Neben der Arbeit in Darmstadt nahm ich Lehraufträge für Umweltethik in Lüneburg (2007-2008), für Philosophie in Innsbruck (2008-2009) sowie für Medienwissenschaften in Klagenfurt (2007-2010) wahr. Am Institut für Kulturforschung Heidelberg koordiniere ich seit 2008 die Arbeitsgruppe Radikale Demokratie.

Zu meinen Forschungs- und Veröffentlichungsschwerpunkten zählen Kulturphilosophie, Politische Philosophie (insbesondere Diskurse radikaler Demokratie), Sozialphilosophie (Theorien der Macht) und Sprachphilosophie. Im Kontext der Ethik befasse ich mich mit dem Verhältnis von Anerkennung und Alterität sowie mit Theorien der Gabe; in den kommenden Jahren möchte ich mich verstärkt Fragen der Umweltethik (speziell: der Biodiversitätskrise) zuwenden.



Karen Joisten

ist Professorin für Philosophie an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz und seit Oktober Fellow am fiph.

Als Philosophin steht man vor dem Anspruch, Spezialistin zu werden und das Universale nicht aus dem Auge zu verlieren, historische Detailkenntnisse zu erwerben und den systematischen Blick nicht zu trüben, der anderen Position gegenüber gerecht zu sein und für die eigene Position einzutreten. Auch wenn dieser Anspruch nach philosophischer Tiefe und Weite eine unlösbare Aufgabe darstellt, ist er leitend für ein Philosophieren, das quer zu stehen vermag und sich einer Vereinnahmung entziehen kann.

Mein Studium der Philosophie, Germanistik und Pädagogik an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz schloss ich mit einem Master und mit einer Promotion über Friedrich Nietzsche 1993 ab. Möglich wurde mir dies als Stipendiatin der Landesgraduiertenförderung bzw. als Wissenschaftliche Mitarbeiterin und später Assistentin am Philosophischen Seminar der Mainzer Universität

am Lehrstuhl von Prof. Dr. Josef Reiter. 2001 erfolgte meine Habilitation im Fach Philosophie mit einer Arbeit über „Philosophie der Heimat – Heimat der Philosophie“, in der ich systematisch eine Deutung des Menschen als Heimweg vorstellte und diese historisch anzuwenden versuchte. Seit dieser Zeit habe ich eine Hochschuldozentur für Philosophie in Mainz inne. Meine Forschungsschwerpunkte liegen auf den Feldern der Ethik, der Kulturphilosophie und der Methodenlehre. Diese Felder sind aufs Engste miteinander verbunden und bereichern sich gegenseitig. Sie konzentrieren sich auf die wissenschaftlichen Themen: der Deutung des Menschen (auch des Sport treibenden) und seines Handelns; der Deutung dieses Handelns anhand der Analyse kultureller Phänomene; der Form des Wissens und Sprechens, die mit einer solchen Deutung einhergeht.

In den letzten Jahren gilt mein besonderes Interesse der Frage nach der Verbindung der Ethik mit der diskursiven Wissensform der Narrativität. Denn Erzählungen können mit Paul Ricœur als „Forschungsreisen durch das Reich des Guten und Bösen“ angesehen werden, wie sich darüber hinaus in der Analyse menschlichen Handelns und (Er-)Lebens narrative Formen und Strukturen erkennen lassen.

PORTRÄT

Wissenschaftlich gehörte meine erste Liebe der Theologie. 2002 nahm ich das Studium der Katholischen Theologie an der Universität Passau auf, welches ich 2007 mit einer Diplomarbeit zum Thema: „Erfreue sich Adonaj an seinen Werken. Studien zu Psalm 104“ abschließen konnte. Da mich schon frühzeitig das Grenzgebiet von Politik und Religion interessierte, studierte ich seit 2005 auch Politikwissenschaft und Philosophie. Dabei vertiefte ich besonders die Politische Theorie und setzte mich aus Sicht dieser Disziplin mit Politischen Religionen und dem Fundamentalismus auseinander. Das Ergebnis dieser Schwerpunktsetzung bildet meine Magisterarbeit: „Die dunkle Seite der Moderne. Milbanks Radical Orthodoxy“, die mich 2008 mein Studium beschließen ließ.

2007 wurde ich, nach Beendigung meines Theologiestudiums, an der Universität Erfurt Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Christliche Weltanschauung, Religions- und Kulturtheorie. Dort konnte ich weitere mögliche Verhältnisbestimmungen von Politik und Religion kennenlernen und mich vertieft mit Politischen Theologien befassen. Davon nicht unberührt trieb mich die Frage nach der Integration liberaler Gesellschaften um.

Dies führte schließlich zur zentralen Fragestellung meines Dissertationsprojekts. Dieses dreht sich um die integrative Kraft



Marie Kajewski

ist Doktorandin an der Universität Passau und seit Oktober Fellow am fiph.

von Wahrheit und fragt, wie viel Wahrheit die liberale Demokratie braucht und verträgt. 2009 wechselte ich zur Erarbeitung des politikwissenschaftlichen Anteils des Projekts an den Lehrstuhl für Politikwissenschaft I der Universität Passau, wo ich bis vor kurzem als Wissenschaftliche Mitarbeiterin tätig war. Zudem wurde ich zeitgleich in die Promotionsförderung der Studienstiftung des deutschen Volkes aufgenommen.

Neben dem Promotionsprojekt arbeite ich weiterhin an den Verhältnisbestimmungen von Politik und Religion, besonders im Werk Eric Voegelins. Am fiph möchte ich den Fokus meines Arbeitens allerdings auf den philosophischen Teil des Dissertationsprojekts legen und an dessen Wahrheitsbegriff feilen.

PROJEKTE

Die Biodiversitätskrise als Herausforderung für die Umweltethik. Orientierungen aus ökologischem Nichtwissen

Ein Projekt von **Andreas Hetzel**



Andreas Hetzel ist Privatdozent an der Technischen Universität Darmstadt und ab Januar 2011 Fellow am fiph.

Die Bedrohung der Umwelt tangiert nicht nur die Überlebenschancen und -perspektiven zukünftiger Generationen; mit unseren Eingriffen in die Ökosphäre beschneiden wir darüber hinaus auch die evolutionären Perspektiven unserer Mitgeschöpfe, der Pflanzen und Tiere. Durch Schadstoffemissionen, Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen und Übernutzung von Ökosystemen schaffen wir Risiken, deren Reichweite sich nicht absehen lässt. Die vielfältigen Bedrohungen kulminieren in einer Biodiversitätskrise, in der exponentiell ansteigende Vernichtung der Diversität von Lebensformen. Das Projekt setzt sich zum Ziel, Einspruchspotenziale gegen die Vernichtung von Lebensräumen und Arten stark zu machen, ohne dabei den ausgetretenen Pfaden der Debatten um anthropozentrische bzw. biozentrische Begründungen der Umweltethik zu folgen.

Ausgehend von neueren umweltwissenschaftlichen Forschungsergebnisse beleuch-

tet das Projekt zunächst die Rolle sozioökonomischer Faktoren für die Vernichtung von biologischer Vielfalt und fragt nach der Bedeutung von Biodiversität für die Bereitstellung von Ökosystemfunktionen, von denen das Überleben menschlicher Gesellschaften abhängt. Biodiversität wird dabei als Zusammenhang von genetischer Vielfalt, Artenvielfalt und ökosystemischer Vielfalt beschrieben, der zu komplex ist, als dass verlässliche Voraussagen über die Folgen menschlicher Eingriffe in Ökosysteme gemacht werden könnten. Gerade dieses für die Ökologie und die Umweltwissenschaften konstitutive Nichtwissen soll im Projekt als mögliche normative Ressource veranschlagt werden. Aufgrund unseres ökologischen Nichtwissens gilt es, Lebewesen und ihre Assoziationsformen zu respektieren. Aus ihrer epistemologischen Entzogenheit kann eine moralische Verbindlichkeit erwachsen. Ganz unabhängig davon, ob nichtmenschlichen Akteuren bestimmte moralisch relevante Eigenschaften wie Re-

flexions- und Leidensfähigkeit zukommen, müssen wir Arten und Ökosystemen ein evolutives Potenzial unterstellen, dessen Ziele und Richtungen sich uns entziehen, das aber gerade deshalb unsere Achtung verdient.

PROJEKTE

Die Geschichten-philosophie Wilhelm Schapps

Ein Projekt von Karen Joisten



Karen Joisten ist Professorin an der Universität Mainz und seit Oktober Fellow am fiph.

Der Philosoph Wilhelm Schapp (1884-1965) gehörte zum engsten Kreis Edmund Husserls, des Begründers der Phänomenologie, in Göttingen, unter dessen Betreuung er seine Dissertation „Beiträge zur Phänomenologie der Wahrnehmung“ verfasste. Neben juristischen Schriften veröffentlichte Schapp die Untersuchung „Metaphysik des Muttertums“ (1965) und die drei Bände seiner so genannten ‚Geschichtenphilosophie‘, nämlich „In Geschichten verstrickt. Zum Sein von Mensch und Ding“ (1953), „Philosophie der Geschichten“ (1959) und „Metaphysik der Naturwissenschaft“ (1965). (Der bisher unveröffentlichte Nachlass, der im Staatsarchiv München aufbewahrt ist, umfasst etwa 20.000 Textseiten.)

Die philosophische Relevanz seines Denkens liegt in der Entfaltung einer originären Geschichtenphilosophie, die den Anspruch hat, eine Neudeutung des Menschen vorzulegen. Während nämlich Husserl die Intentionalität des Bewusstseins und damit zusammenhängend den menschlichen „Bewusstseins“- bzw. „Erlebnisstrom“ betont, legt Schapp den Fingerzeig darauf, dass diese Abfolge intentiona-

ler Einstellungen zu kurz greift. Der Horizont, innerhalb dessen der „Strom des Bewusstseins“ seinen ‚Ort‘ hat, bestehe in den Geschichten, in die der Mensch mit seiner Geburt immer schon hineinversetzt (Schapp spricht von „verstrickt“) ist. Geradezu programmatisch formuliert Schapp diese Einsicht in den ersten Sätzen seines Buches „In Geschichten verstrickt“: „Wir Menschen sind immer in Geschichten verstrickt. Zu jeder Geschichte gehört ein darin Verstrickter. Geschichte und In-Geschichte-verstrickt-sein gehören so eng zusammen, daß man beides vielleicht nicht einmal in Gedanken trennen kann.“

Von hier her betrachtet, kann man Schapp zufolge einen Zugang zur personalen Identität eines Menschen nur über die geschichtliche Einheit einer Vielfalt seiner Geschichten gewinnen, in deren Aufweis kenntlich wird, wie man den jeweiligen Menschen je spezifisch verstehen kann.

Ziel des Projektes ist eine Untersuchung, die sich um eine Rekonstruktion der Geschichtenphilosophie bemüht und diese für unsere Zeit fruchtbar zu machen versucht. Dazu gehört es, Bezüge zu aktuellen Ansätzen im Kontext der narrativen Philosophie herauszuarbeiten, um die denkerischen Möglichkeiten und Grenzen des Schapp'schen Ansatzes ausloten zu können.

Die Dogmatik der Demokratie. Wie viel Wahrheit braucht und verträgt die liberale Demokratie?

Ein Projekt von Marie Kajewski



Marie Kajewski ist Doktorandin an der Universität Passau und seit Oktober Fellow am fiph.

Colin Crouchs Diagnose, wir als Einwohner westlicher Demokratien steuern auf eine

Postdemokratie zu, offenbart, dass die gesellschaftliche und die politische Sphäre immer weiter auseinanderdriften. Die dazugehörigen Symptome von Politikunfähigkeit auf Seiten der Bürger und Entscheidungsaktivismus auf Seiten der Politiker wurzeln in einer Relativierung und in einem Deziisionismus. Beide Formen klammern die Wahrheitsfrage aus und forcieren dadurch die gesellschaftliche Fragmentierung.

Angesichts dieser Diagnose fragt das Projekt nach der gesellschaftlichen Relevanz von Wahrheit. Ein Blick auf liberaldemokratische Theorien zeigt, dass liberale Denker den Wahrheitsbegriff unter Berufung auf erkenntnistheoretische und historische Gründe zu vermeiden suchen. Normative Demokratietheorien hingegen verorten Wahrheit entweder als Grundlage der Verfassung (Jaspers) oder als Zielperspektive des gesellschaftlichen Diskurses (Habermas). Die Spannung, die sich damit zwischen liberaler und normativ-demokratiethoretischer Tradition auftut, ist jedoch nur eine vermeintliche, die sich sachlogisch zu Gunsten der demokratiethoretischen Traditionslinie lösen lässt.

Liberale Demokratien können auch gar nicht auf Wahrheit verzichten, ohne ihre Funktionsfähigkeit zu gefährden, so meine These. Auf der Mikroebene befähigt Wahrheit die Bürger zur Handlung, auf der Makroebene integriert sie Gesellschaften.

Wenn Wahrheit folglich ein Platz in liberaldemokratischen Gesellschaftskonzepten gebührt, wie kann sie derart zur Sprache gebracht werden, dass sie die genannten Funktionen voll erfüllt? Schon Rousseau bemerkte, dass die Selbstgesetzgebung des Volkes das Herz der Bürger nicht erreicht und sie nicht veranlasst, die Gesetze zu lieben. Der einzige Ausweg, den er sah, war die transzendent-zivilreligiöse Umkleidung der immanenten Wahrheit. Doch möchte man die Etablierung einer Zivilreligion vermeiden, welche Sprachformen stehen zur Verfügung? Unter Rekurs auf Heidegger und Agamben soll dieser Frage nachgespürt werden.

Das Forschungsprojekt zielt darauf, die eingangs skizzierten gegenwärtigen Problemlagen unter Rückgriff auf den Wahrheitsbegriff derart zu reformulieren, dass die erlangte Neubeschreibung dem gesellschaftlichen Selbstreflexionsprozess alternative Deutungsmodelle bereitstellt.

WISSENSCHAFTLICHE PREISFRAGE 2011

Können Bilder Argumente sein?

Die Sprache der Bilder ist älter als die der Worte. Fragen nach der Bedeutung der Bilder gehören seit Jahrhunderten zum Kern kultureller Identitätsvergewisserung. Man denke nur an die Kontroversen um Bilderverbot und Bildersturm. Bilder durchdringen nicht nur die öffentliche und die private Sphäre. Auch die Wissenschaften nehmen in ihren Forschungsmethoden, Begründungs- und Darstellungsverfahren auf Bilder Bezug. So ist der Einfluss bildgebender Verfahren in der Wissenschaft schon lange nicht mehr auf den Bereich medizinischer Diagnostik beschränkt. Die Computertomographie ist nicht nur eines der wesentlichen Verfahren der Hirnforschung, mit ihren Bildern werden auch Forschungsergebnisse in Wissenschaft und Öffentlichkeit vorgestellt. In den meisten wissenschaftlichen Disziplinen ist die Präsentation wissenschaftlicher Forschung mittels PowerPoint mittlerweile Standard geworden. Filme werden zunehmend als Quellen kulturwissenschaftlicher Untersuchungen genutzt. Es genügt daher nicht mehr, nur die Bedeutung des Bildgebrauchs in der Wissenschaft aufzuzeigen (iconic turn). Es muss auch nach der eigenen Bedeutung und den eigenen Plausibilitäten gefragt werden, die Bilder erzeugen (pictorial turn).

„Können Bilder Argumente sein?“ – die diesjährige Preisfrage zielt auf die philosophische Beurteilung des Einflusses der Bilder, bildgebender Verfahren und auch der Bildbearbeitungstechniken auf unser argumentatives Denken. Dient die Bildzentrierung in den Wissenschaften der Stärkung der Argumentation oder schwächt sie sie ab? Wie verändert die Technik die Art und Weise unseres Argumentierens?

Für die Beantwortung dieser Preisfrage vergibt das Forschungsinstitut für Philosophie Hannover einen

INTERNATIONALEN WISSENSCHAFTLICHEN PREIS IN HÖHE VON 6.000 EURO

Das Preisgeld beträgt nach erstem bis drittem Preis gestaffelt 3.000, 2.000 und 1.000 Euro.

Es können prämiert werden: bislang unveröffentlichte philosophische Essays von maximal 50 Seiten (à 2400 Zeichen),

- die durch innovative Ideen und ungewöhnte Perspektiven die Beantwortung der gestellten Frage weiterbringen,
- die sich auf der Höhe der philosophischen Diskussion befinden, ohne diese nochmals zu referieren,
- deren wissenschaftlicher Apparat nicht mehr als 20 Prozent des Textes einnimmt und
- die in den Sprachen Deutsch oder Englisch verfasst sind. Den Essays ist ein Abstract (max. 1200 Zeichen) beizufügen. Die Übergabe der Preise wird im Herbst 2011

im Rahmen eines akademischen Festaktes erfolgen. Die Preisschriften werden auf Kosten des Forschungsinstituts veröffentlicht. Die Rechte für die prämierten Preisschriften gehen mit der Veröffentlichung an den Wallstein-Verlag Göttingen über.

Einsendefrist für die Abgabe der Preisschrift ist der 15. März 2011 (Poststempel). Die Preisschrift darf nur als Computerausdruck (mit der Datei auf Diskette oder CD) per Post eingereicht werden (kein Email). Außerdem ist eine unterschriebene Erklärung erforderlich, dass der/die Einsender/in die Arbeit selbst verfasst hat und dass der Text noch nicht veröffentlicht ist.

Da die Preisschriften anonym begutachtet werden, sind alle Angaben zum/ zur Autor/in auf einem separaten Blatt anzugeben und innerhalb der Arbeit keine Verweise auf den/die Verfasser/in der Preisschrift (Kopf-/Fußzeile o.ä.) aufzunehmen. Auch darf die Arbeit weder geheftet noch gebunden sein.

Die Jury zur Auswahl der Preisträger/innen wird gebildet vom Vorstand der Stiftung Forschungsinstitut für Philosophie Hannover und eventuell weiteren Personen, die vom Vorstand für diese Aufgabe kooptiert werden. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Anschrift:

Forschungsinstitut für Philosophie Hannover,
Frau Anna Maria Hauk M.A.,
Gerberstraße 26, 30169 Hannover,
Tel.: (05 11) 1 64 09-10,
Fax: (05 11) 1 64 09-40,
E-Mail: hauk@fiph.de,
www.fiph.de

Das fiph auf Vortragsreise – eine kleine Auswahl

Dr. Yoko Arisaka

The Use and Misuse of Modern Japanese Philosophy:
Philosophical Universalism and its Problems
International Conference: „What is Philosophy?“
Universitärer Forschungsschwerpunkt Asien und Europa
Universität Zürich, 16.01.2011

PD Dr. Andreas Hetzel

Widerständiges Sprechen? Sprechen des Widerstands.
Internationale Tagung: „Thinking – Resisting –
Reading the Political“
Universität Gießen, 12.11.2010

Prof. Dr. Karen Joisten

Das Erzählen und die Geschichte(n). Von der Zeit des Erinnerns und Erhoffens. Ringvorlesung „Überlieferung als Einweisung und Herausforderung“ im Rahmen der Romano-Guardini-Professur von Prof. Dr. Jean Greisch
Humboldt-Universität zu Berlin, 17.01.2011

Prof. Dr. Jürgen Manemann

Gegen Resignation, Ressentiment und Zynismus,
Kunstsammlungen Chemnitz/Museum Gunzenhausen
10.11.2010

KOLLOQUIUM

4. Kolloquium Junge Religionsphilosophie Repräsentation – Kantorowicz und die Folgen



Vom 24. bis 26. Februar 2011 veranstaltet die Katholische Akademie in Berlin in Kooperation mit dem fiph und mit der Professur für Religionsphilosophie der Universität Frankfurt am Main das 4. Kolloquium Junge Religionsphilosophie in Berlin. Als Referenzpunkt dient die Repräsentationstheorie von Ernst Kantorowicz.

Das vierte Kolloquium Junge Religionsphilosophie versammelt Nachwuchsforscher aus den Sozial- und Kulturwissenschaften, der Theologie und der Philosophie mit einem Interesse an der Religionsphilosophie. Ziel ist der offene und interdisziplinäre Austausch jenseits der Spielregeln akademischer Karriereplanung, ernsthaft und intellektuell ambitioniert in der Sache und auf dem Stand der akademischen Forschung.

Call for Papers

Die Frage, wie wir zusammenleben wollen, stellt sich in der Verhältnisbestimmung von Politik und Religion zunehmend im Blick auf die symbolischen Formen des Mit- oder auch Nebeneinanders.

Nicht erst die Legitimations- und Akzeptanzschwächen in der gegenwärtigen Politik deuten darauf hin, dass unser Verständnis von Repräsentation offenbar Probleme birgt. Spätestens seit Kantorowicz' „The King's Two Bodies“ liegen tiefreichende Wurzeln unseres Begriffsverständnisses in

der politischen, theologischen und rechtlichen Ordnung blank. Das Kolloquium eröffnet jungen Wissenschaftlern aus Theologie und Philosophie, Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften ein weites Feld des Nachdenkens über Repräsentation: über das Verhältnis von Mythos und Wahrheit, über Autorität und Autorenschaft, über Symbolik, Verkörperung von Macht und Inkarnation.

Weitere Informationen zum Call for Papers (Einsendeschluss 15. Dezember 2010) und zur Anmeldung finden Sie auf den Webseiten der Katholischen Akademie in Berlin und des fiph:

www.katholische-akademie-berlin.de
www.fiph.de

Philosophisches Café

Der theoretischen Sondierung (siehe fiph Journal 15/2010, S. 18f.) folgt nun die praktische Umsetzung: Am 08. November veranstaltet das fiph erstmals ein philosophisches Café im Masa/Loft in Hannover.

Philosophische Fragen sind viel zu wichtig, um sie allein an Universitäten zu behandeln. Aus diesem Grund haben sich Eike Bohlken, Volker Drell, Mandy Dröscher und Jürgen Manemann entschlossen, ein philosophisches Café zu gründen. Mit Nemat Kodadad vom Masa/Loft in der Georgstraße haben sie einen philosophisch interessierten Unterstützer aus der Gastro-Szene gefunden.

Und so wird es ab dem 08.11.2010 zu nächst viermal an jedem zweiten Montag im Monat im Loft ein philosophisches Café zu einem Thema geben, das im Alltag wie in der Philosophie gleichermaßen bedeutsam ist. Nach dem Startthema „Lust“ steht in den folgenden Veranstaltungen die Auseinandersetzung mit „Arbeit“, „Tod“ und „Glück“ auf dem Programm.

Keine Vorträge, sondern kurze Einführungsstatements und vor allem viel Raum zum Diskutieren – das macht ein Philosophisches Café aus. Philosophische Gedanken entstehen aber nicht nur im Gespräch mit Anderen, sondern auch in der individuellen Besinnung. Auch hierfür wird es in der lockeren und ansprechenden Atmosphäre des Loft Möglichkeiten geben.

Termine: 08.11., 13.12., 10.01., 14.02.,
19:30 Uhr, Masa/Loft Georgstraße 50bs
30159 Hannover, Eintritt frei

NEUERSCHEINUNG



Thomas M. Schmidt (Hrsg):
Macht Liebe sehend?
Göttingen: Wallstein 2010, 142 Seiten,
19,00 Euro

Macht Liebe sehend?

Liebe macht blind, sagt der Volksmund. Philosophie dagegen soll die Augen öffnen, erhehlen und aufklären. Die Frage, ob Liebe sehend macht, irritiert also erst einmal, wenn sie philosophisch beantwortet werden soll. Philosophische Reflexion erscheint kühl, rational und um Distanz bemüht. Aber Philosophie leistet nicht nur Aufklärung durch Abklärung, sondern lebt auch die Leidenschaft der Erkenntnis.

So deuten die philosophischen Essays in diesem Buch die Spannung zwischen Liebe und Erkenntnis nicht als unveröhnlichen Gegensatz. Chiara Piazzesi legt dar, dass Liebe zwar blind für bestehende Konventionen oder Verwertungszusammenhänge machen könne, aber zugleich positiv andere Sichtweisen auf den Anderen vermittele. Stanislas Bigirimana nimmt die Liebe zum Anlass, das Verhältnis verschiedener Wissenschaftsformen zueinander und ihre Auswirkungen auf die Gestaltung sozialer Beziehungen zu durchdenken. Jannis Oberdieck geht dem Verhältnis von antik-mittelalterlicher und moderner Philosophie nach und analysiert den unterschiedlichen Stellenwert, welcher der Liebe für die Begründung von Erkenntnis zugeschrieben wird. Die Beiträge verknüpfen das naturwissenschaftliche, auf Objektivität und Erklärung ausgerichtete Bild vom Menschen mit unserer Selbsterfahrung als fühlende und erlebende Wesen.

Wie Sie uns erreichen

Das Forschungsinstitut für Philosophie Hannover ist vom Hauptbahnhof aus leicht zu Fuß zu erreichen (15 Minuten): Vom Hauptbahnhof halb rechts (rechts am Kaufhof vorbei) in die Schillerstraße. In der Georgstraße halb rechts bis Steintor, dort halb links in die Münzstraße, die in die Goethestraße übergeht. Nach der Leine-Brücke rechts (Brühlstraße). Nach weiterer Leinebrücke links in die Anderstense Wiese.

Das FIPH ist das Gebäude mit weiß-rosa Streifen an der Ecke Gerberstraße/Andertense Wiese.



Forschungsinstitut
für Philosophie Hannover

Gerberstraße 26
30169 Hannover
Fon (05 11) 1 64 09-30
Fax (05 11) 1 64 09-35
kontakt@fiph.de
www.fiph.de

Um Ihnen einen besseren Überblick über unsere Veranstaltungen zu ermöglichen, haben wir wieder eine Terminübersicht für Sie zusammengestellt.

Fiph-Terminübersicht Winter 2010/11

Di 02.11.

fiph-Fellows I

Vortrag Yoko Arisaka: „Das Paradox der Würde: Der alltägliche Rassismus und das Scheitern des Multikulturalismus“ (18:00 Uhr)

Mi 03.11.

Beginn Vorlesung Bohlken/Manemann: Ethik und Politik – Grundfragen der politischen Philosophie (19:30 Uhr)

Mo 08.11.

Start der Reihe „Das philosophische Café“, Thema: „Was ist Lust?“
Masa/Loft, Georgstraße 50b, 30159 Hannover (19:30 Uhr)

Mi 10.11.

Vorlesung Bohlken/Manemann: Ethik und Politik – Grundfragen der politischen Philosophie (19:30 Uhr)

Mi 17.11.

Vorlesung Bohlken/Manemann: Ethik und Politik – Grundfragen der politischen Philosophie (19:30 Uhr)

Do 18.11.

Vortrag Eike Bohlken: „Ethik zwischen den Kulturen“ zum Welttag der Philosophie (18:00 Uhr)

Mi 24.11.

Vorlesung Bohlken/Manemann: Ethik und Politik – Grundfragen der politischen Philosophie (19:30 Uhr)

Mi 01.12.

Vorlesung Bohlken/Manemann: Ethik und Politik – Grundfragen der politischen Philosophie (19:30 Uhr)

Di 07.12.

fiph-Fellows II

Vortrag Marie Kajewski: „Gegenwärtsschrumpfung, Traditionsverlust, Vertrauensschwund – Zur Aktualität der Thesen Hermann Lübbes“ (18:00 Uhr)

Mi 08.12.

Vorlesung Bohlken/Manemann: Ethik und Politik – Grundfragen der politischen Philosophie (19:30 Uhr)

Mo 13.12.

„Das philosophische Café“, Thema: „Was ist Arbeit?“ Masa/Loft, Georgstraße 50b, 30159 Hannover (19:30 Uhr)

Mi 15.12.

Vorlesung Bohlken/Manemann: Ethik und Politik – Grundfragen der politischen Philosophie (19:30 Uhr)

Mo 10.01.

„Das philosophische Café“, Thema: „Was ist Tod?“ Masa/Loft, Georgstraße 50b, 30159 Hannover (19:30 Uhr)

Mi 12.01.

Vorlesung Bohlken/Manemann: Ethik und Politik – Grundfragen der politischen Philosophie (19:30 Uhr)

Di 18.01.

fiph-Fellows III

Vortrag Prof. Dr. Karen Joisten: Grundzüge der Geschichtsphilosophie Wilhelm Schappas (18:00 Uhr)

Mi 19.01.

Vorlesung Bohlken/Manemann: Ethik und Politik – Grundfragen der politischen Philosophie (19:30 Uhr)

Mi 26.01.

Vorlesung Bohlken/Manemann: Ethik und Politik – Grundfragen der politischen Philosophie (19:30 Uhr)

Di 08.02.

fiph-Fellows IV

Vortrag PD Dr. Andreas Hetzel: „Zur moralischen Signifikanz des Nichtwissens“ (18:00 Uhr)

Mo 14.02.

„Das philosophische Café“, Thema: „Was ist Glück?“ Masa/Loft, Georgstraße 50b, 30159 Hannover (19:30 Uhr)

24.-26.02.

III. Kolloquium Junge Religionsphilosophie „Repräsentation – Kantowicz und die Folgen“, Katholische Akademie in Berlin

FRAUEN FÖRDERN FRAUEN



Dr. Yoko Arisaka

war bereits Fellow am fiph. Ab Oktober erhält sie das „Frauen fördern Frauen“-Fellowship

fiph: Frau Arisaka, Sie werden ab Oktober ein Fellowship im Rahmen des Projekts „Frauen fördern Frauen“ erhalten. Wie sah Ihre persönliche Situation in den letzten Jahren aus?

Ich hatte mich fünf Jahre lang ausschließlich um die Erziehung meiner beiden Kinder gekümmert. Die Entscheidung, mich ganz auf die Familie zu konzentrieren, war mir sehr schwer gefallen, denn ich hatte an der University of San Francisco eine Stelle als Associate Professor. Wissenschaftlich zu arbeiten war mein Lebensinhalt. Etwas anderes war für mich nicht vorstellbar. 2005 musste ich mich dann doch mit dem „Anderen“ intensiv auseinandersetzen, denn ich war schwanger. Da ich weiterhin berufstätig sein wollte, suchte ich nach Wegen, die Tätigkeit an der Universität und die Betreuung meines Kindes in Einklang zu bringen. Gleichzeitig war die Entscheidung über den Wohnort zu treffen, denn mein Mann lebte in Hannover. Ich ließ mich zunächst beurlauben und zog nach Hannover. Nach zwei Jahren entschied ich mich schweren Herzens, meine Stelle an der Universität und damit auch das ganze bisherige Leben aufzugeben. Während der Familienphase blieb jedoch im Hintergrund eine große Sehnsucht, wieder wissenschaftlich tätig zu sein. Ich hatte auch Probleme mit meinem Selbstverständnis, denn es wird ja sehr unterschiedlich wahrgenommen, ob jemand berufstätig ist oder „nur“ Kinder erzieht. Hinzu kam das Problem, dass ich in Deutschland zunächst eine fast völlig fremde Sprache lernen musste. Im Nachhinein stellte sich die Entscheidung für Deutschland aber als richtig heraus. Ich bin glücklich, hier zu leben.

fiph: Wie wurden Sie in dieser Familienphase auf die Fellowships des fiph aufmerksam?

Ich war vor einigen Jahren zu einem Vortrag im Institut und erhalte seither das fiph-Journal. Dort entdeckte ich im vergangenen Jahr die Ausschreibung. Zu dieser Zeit war mein jüngster Sohn gerade für die Krabbelgruppe angemeldet. Ich entwickelte ein Konzept für ein Projekt und bewarb mich.

fiph: Was bedeutete es für Sie, die Zusage für ein Fellowship am fiph zu erhalten? Welche Chancen eröffnet es Ihnen?

Die Zusage für das Fellowship war wie sechs Richtige im Lotto. Wichtig war für mich die Erfahrung, wieder in die Wissenschaft hineinzukommen. Ich brauchte Herausforderungen und fand mich im fiph am richtigen Ort. Ich fühle mich hier zu Hause. Vieles ist mir vertraut: Es sind die gleichen Debatten und Themen, wir sprechen die gleiche Sprache. Das hohe intellektuelle Niveau der Kollegen am Institut half mir sehr. Das Forschungsinstitut ist mit den besten Instituten in Amerika vergleichbar. Für meine Arbeit ist es sehr hilfreich, dass mir ein eigenes Büro zur Verfügung steht, in dem ich ungestört arbeiten kann. Im Forschungskolloquium kann ich mein Projekt vorstellen und diskutieren. Da dies alles in deutscher Sprache geschieht, wachse ich gleichzeitig in die deutsche Wissenschaftssprache hinein. Beeindruckend ist für mich der respektvolle Umgang miteinander. Sehr erfreulich ist, dass ich meine alten Kontakte aktivieren kann; die Leute registrieren, dass ich wieder in der Wissenschaft bin, ich erhalte viele Anfragen für Vorträge und Aufsätze und bin wieder richtig in der Wissenschaftswelt angekommen. Gut ist für mich auch der Kontakt zum Institut für Philosophie der Universität Hildesheim, wo ich Seminare in englischer Sprache halte.

fiph: Wie wird es in einem Jahr weitergehen – nach dem Fellowship?

Da meine Kinder dann immer noch ziemlich klein sein werden, kann ich mich noch nicht für eine Professur bewerben. Aber ich werde an den verschiedenen Projekten, mit denen ich jetzt beschäftigt bin, weiterarbeiten und Aufsätze schreiben. Außerdem arbeite ich an einem Buch zum Thema „Relevance of Philosophy“, das bis zum Herbst 2011 fertig sein soll. Auch die Verbindung zu Hildesheim werde ich aufrechterhalten und dort weiterhin Seminare anbieten. Außerdem möchte ich die Kontakte zur japanischen Philosophie intensivieren.

fiph: Welchen Stellenwert hat aus Ihrer Sicht Frauenförderung, insbesondere die Förderung von Frauen mit kleineren Kindern?

Ein normales Stipendium bedeutet, so zu handeln, als hätte man keine Kinder; die Institutsinteressen hätten dann immer Vorrang. Aber mit Kindern läuft das Leben in der Forschung anders. Deshalb ist eine Förderung von Frauen mit Kindern sehr wichtig. Entscheidend sind Flexibilität und Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse der Familie. Ich bin sehr dankbar, dass man am fiph damit so unkompliziert umgeht.

Interview: Anna Maria Hauk



Bischof Dr. Josef Homeyer, langjähriger Bischof des Bistums Hildesheim und Gründervater des fiph, hier bei einem lebhaften Interviewgespräch.

Nachruf Bischof Joseph Homeyer

Josef Homeyer (01.08.1929 – 30.03.2010) war über 20 Jahre Bischof von Hildesheim. In seiner Amtszeit gründete er 1988 das fiph. Um sein Denken und Wirken zu würdigen, haben wir seinen langjährigen Bischöflichen Sekretär, Jens Lüpke, heute Direktor des Katholischen Forums Niedersachsen, und Prof. Dr. Rémi Brague, Inhaber des Lehrstuhls für Philosophie der Religionen Europas an der Universität München und Professor für Philosophie des Mittelalters an der Sorbonne, Paris, um zwei kurze Porträts von Bischof Josef gebeten.

Josef Homeyer – eine intellektuelle Standortbestimmung

Im politischen Raum sind beflissene Identitätsfragen die Lautsprecherdurchsagen von geschichtlichen Verspätungen – man denke etwa an Plessners „Verspätete Nation“. Kein Pathos und keine Hermeneutik können diese Verspätung noch einholen. Identitätsfragen werden vor dem Horizont des Nicht-Identischen gestellt, ihr Bezugsrahmen sind Verluste und Erosionen.

Verlusterfahrungen waren der Untergrund von Bischof Homeyers intellektueller Arbeit. Ihr Ausgangspunkt, die moralische Vernichtung im Völkermord des „Dritten Reichs“, prägte viele seiner Generation, begründete aber auch für viele eine restaurative Abwehr. Einer zu selbstgewissen Theologie begegnete Josef Homeyer ebenso wie irritationsfreien Philosophien mit Skepsis, manchmal mit Sarkasmus. Er hielt sie für ideologische Beipackzettel eines bürgerlichen Konventionalismus.

Wenn Bischof Homeyer in seinen Initiativen und Handlungsfeldern trotz der skizzierten Doppelbödigkeit immer wieder



Jens Lüpke ist Direktor des Katholischen Forums Niedersachsen. Von 1996 bis 2004 war er Bischöflicher Sekretär von Bischof Josef Homeyer.

Identitätsfragen einbrachte, so deshalb, um die Erfahrungen des Verlusts nicht leichtfertig preiszugeben. So produzierte er Unruhe: In den Diskussionen über europäische Identität, über die christlich-menschenbildliche Identität der Sozialen Marktwirtschaft, über die gesellschaftspolitische Identität der Kirche. Die Schlüsselfrage lautete: Inwiefern sind Herkunftsbedingungen auch Existenzbedingungen im Rahmen einer reflexiven Moderne? Wer die Identitätsfragen in dieser Weise geschichtlich in Stellung bringt, steht schnell im Verdacht, restaurativen Affekten zu erliegen. Homeyer war jedoch gar nicht in der Lage, sich Geschichte historistisch anzueignen; die Weltzeit seiner Lebenszeit und der Einfluss der Politischen Theologie auf sein Denken verwehrten ihm ein solches befriedetes Verstehen. Sein geschichtliches Interesse

richtete sich auf das Scheitern, auf unerledigte Aufbrüche, auf normative Kerne historischer Prozesse. Darum thematisierte er auch immer wieder und mit verzweifelter Beteiligung offene Wunden: die Geschichte der spanischen Reconquista, die ideologische Zerrüttung des deutsch-polnischen Verhältnisses im 19. Jahrhundert, die nationalstaatliche Verengung europäischer Kultur, das Versagen des Westens im ehemaligen Jugoslawien und das Unverständnis der römischen Kirche gegenüber der Orthodoxie.

Sein normativ geschärfter Blick auf Geschichte verbot es ihm, Identitätsfragen abstrakt zu stellen. Die genannten geschichtlichen Erfahrungen geboten vielmehr einen normativen Identitätsbegriff: Identitäten müssen allemal ihre humanisierende Substanz ausweisen. Sie sind nicht gegen Andere aufzubauen, sondern auf Andere in ihrem Anderssein als Sorge um deren Integrität zu richten. Die Frage nach der Identität im politischen Raum stand für Josef Homeyer unabdingbar im Anspruch der Versöhnung. Dass der erste „Friedensgrund“, das sommerliche Ora et Labora von Jugendlichen aus Deutschland und Osteuropa, in Bergen-Belsen abgehalten wurde, mag einer heutigen (auch politischen) Eventkultur allzu geläufig erscheinen, für Homeyer bezeichnete der Friedensgrund in Bergen-Belsen die Summe seines politisch-theologischen Denkens. Nichts anderes war mit der Frage nach den Herkunftsbedingungen als Existenzbedingungen gemeint.

Josef Homeyer hat geschichtlich-normative Identitätsfragen sich selbst und Anderen im politischen Raum aufgebürdet, um Verlusterfahrungen und Versöhnungsperspektiven nicht aus dem Blick zu verlieren. Daraus entwickelte er seine typischen Abneigungen gegen historische Exklusionen: Die bürgerliche Kultur schien ihm ebenso verdächtig wie der Nationalstaat, dessen republikanisches Erbe er übersah. Die ultramontane Geschichtsklitterung traf ebenso auf seinen Widerspruch wie der laizistische Dogmatismus. Zugleich, und darin erwies er sich als einer der modernsten Bischöfe seiner Zeit, wusste er, dass alle kulturellen Ansprüche, eben auch Identitätsfragen, auszuhandeln sind. Das gilt auch für das Verhältnis von Religion und Moderne. Die fundamentalistische Krise in Islam und

Christentum begriff er auch als Krise der Moderne, nämlich als deren Unfähigkeit, mit dem Islam in Dialog zu treten. Gegen diese Verhärtung und gegen den westlichen Vernunftkonventionalismus wollte er in Sarajewo eine interreligiöse Akademie errichten. Besonders die positiven Erfahrungen mit muslimischen Geistlichen der Region haben ihn bestärkt, nicht von europäischen Verlusten abzusehen. Sein skeptischer Katholizismus hat Andere zur Moderne ermutigt.

Begegnungen mit Bischof Homeyer



Rémi Brague ist Professor für Philosophie des Mittelalters an der Sorbonne in Paris sowie Inhaber des Lehrstuhls für Philosophie der Religionen Europas an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Es sind mir nur drei Gelegenheiten vergönnt gewesen, Bischof Homeyer zu begegnen. Es ist aber immer zu einem für mich höchst anregenden Gespräch gekommen. Zum ersten Mal erlebte ich ihn in Brüssel, im Oktober 1995. Er hatte irgendwie von meinem 1993 ins Deutsche übersetzten Büchlein über die „Exzentrische Identität“ der europäischen Kultur erfahren. Damals war er in der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (COMECE) Beauftragter für Kulturfragen, und er lud mich ein, meine Gedanken vor den übrigen Mitgliedern dieser Kommission vorzutragen.

Im Mai des folgenden Jahres habe ich an dem von ihm gegründeten Forschungsinstitut für Philosophie einen Vortrag im Dialog mit Peter Koslowski halten dürfen. Europa,

diesmal als mögliches „Vaterland“ betrachtet, bildete nochmals das Thema der im Rahmen der Weltausstellung geplanten Veranstaltung. Da man mich in der bischöflichen Residenz in Hildesheim untergebracht hatte, durfte ich Bischof Homeyers Konversation nochmals genießen.

Zum dritten und leider letzten Mal habe ich Bischof Homeyer im September 2006 getroffen. Damals hatte er schon sein Amt an der COMECE niedergelegt und lebte zurückgezogen in Hildesheim. Das Katholische Forum Niedersachsen hatte mich zu einem Treffen über Religion in den heutigen westlichen Gesellschaften eingeladen. Ich sprach über das bewusst paradoxe Thema „Religion als sozialer Unterbau“. Am darauf folgenden Morgen bot ein langes Frühstück wieder eine Gelegenheit für ein vertieftes Gespräch.

Gewöhnlich ist die Klausel „ich lasse mich gerne belehren“ im genau entgegengesetzten Sinn zu verstehen und meint „ich weiß Bescheid, ich weiß es besser, darüber habe ich nichts mehr zu lernen“. Bischof Homeyer, der diese Formel nie in meiner Anwesenheit gebraucht hat, ließ sich jedoch in der Tat gerne belehren, auch von einem Amateur wie mir. Er war ein Mann, der zuhören konnte, mit Geduld, Neugierde und Demut. Trotz der Überforderung, die die Last des Würdenträgers mit sich bringt, hatte er, so schien es, immer Zeit für seine Gesprächspartner.

Die Zukunft Europas und des Christentums, von dem Europa so tief geprägt wurde, war für ihn keine akademische Angelegenheit. Vielmehr erfüllte sie ihn mit tief empfundener, nagender Sorge. Es nimmt daher nicht Wunder, dass unsere Gespräche immer um dieselben Fragen kreisten: Warum entfernt sich Europa von seinen christlichen Wurzeln, ja verneint sie des Öfteren? Woher kommt Europas Selbsthass? Wie können die Christen trotz allem dazu beitragen, Europa die Lust zum Leben wiederzugeben? Wie kann die Kirche die Hilfe ihrer jahrtausendelangen Erfahrung den Staaten anbieten, ohne den Eindruck eines erneuten lehramtlichen oder politischen Machtanspruchs zu erwecken? Wie ist ein Dialog mit dem Islam möglich, insbesondere mit dem Islam der Neuankömmlinge auf europäischem Boden?

Jetzt hat er die Antworten. Wir, die auf dem anderen Ufer zurückbleiben, müssen sie noch suchen. Möge seine Fürbitte uns dabei helfen.

Der Klimawandel als philosophische Herausforderung



Volker Drell ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am fph.

Gleich, wo man bei der komplexen Debatte um die Klimaentwicklung ansetzt, jeder Punkt ist voraussetzungsreich und nahezu alle Fakten und Folgerungen sind umstritten. Gleichwohl zeichnet sich in einigen Fragen weitgehende Einigkeit ab, etwa in der, dass es gegenwärtig zu einer deutlichen Klimaerwärmung kommt, die vom Menschen durch die Emission klimarelevanter Gase verursacht ist. Stärker umstritten ist die Frage, wie sich diese Erwärmung auswirken wird. Höchsten unterschiedlich sind die Vorstellungen über die adäquaten politischen Maßnahmen, mit denen die mehrheitlich anerkannten negativen Folgen eingedämmt werden sollen.

Geht man davon aus, dass der anthropogene Klimawandel derzeit zu einer deutlichen Erwärmung der Erdatmosphäre führt, sind erhebliche Veränderungen der bisherigen Lebensbedingungen absehbar. Damit steht der Klimawandel neben anderen Phänomenen, die gegenwärtig die Existenz vieler Menschen gefährden bzw. verschlechtern: Bodenerosion, Wüstenbildung, steigende Anfälligkeit von Nutzpflanzen durch Schädlinge, Wasserknappheit, Überfischung der Meere, Gefährdung der Biodiversität, die absehbaren Grenzen der Rohstoffgewinnung und die zunehmende Luft- bzw. Wasserverschmutzung durch industrielle Produktion und privaten Konsum sind weitere Folgen einer Lebens- und Produktionsweise, die ihre natürlichen Grundlagen nicht erhält, sondern stark untergräbt. Bereits vor und ohne Klimawandel kannte die Welt Hunger, Armut und Unterversorgung in bedrückendem Maße, ebenso Migrationsströme aufgrund fehlender Lebensperspektiven und Kriege um knappe Ressourcen. Der anthropogene Klimawandel bewirkt sozial gesehen daher nichts prinzipiell Neues, aber er sorgt für eine Verschärfung bestehender Versorgungs- und letztlich auch der Sicherheitsprobleme.

Im Hinblick auf seine wirtschaftliche und soziale Dimension gehört der anthropogene Klimawandel damit einem Problemkomplex an, der durch nachhaltige Entwicklung gelöst werden soll. Nachhaltigkeit lässt sich mit Gerhard Scherhorn, ehemaliger Direktor am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, als „Erhaltung der Lebens- und Produktionsgrundlagen“ (Gerhard Scherhorn: Die Politik in der Wachstumsfalle, 2010) verstehen. Inwiefern werden nun Nachhaltigkeit und Klimawandel zu einer philosophischen Herausforderung? Der US-amerikanische Journalist Samuel Friedman sieht die größten gegenwärtigen Herausforderungen im Ressourcenverbrauch, im anthropogenen Klimawandel und in der Reduktion der Biodiversität (Samuel Friedman: Was zu tun ist, Frankfurt am Main 2009). In einer kraftvollen Vision illustriert er den Stand der aktuellen energie- und klimapolitischen Debatte: Solarenergie, intelligente Stromnetze, Elektroautos und Windparks sollen den Weg in das „Zeitalter der Energie und des Klimas“ ebnen. Sein Fazit: Der Wachstumspfad müsse nicht verlassen werden, die

erforderlichen großen Umstellungen im Lebensstil seien nicht als unzumutbarer Verzicht zu werten; der Klimawandel sei eine Angelegenheit für die Ingenieure. Die Politik habe deren Arbeit durch positive Anreize und Investitionen zu fördern. Nicht Reglementierung, sondern Innovation lautet Friedmans Credo. Folgt man dieser Argumentation, so stellt der Weg zu einer nachhaltigen Wirtschaft eine gewaltige Herausforderung dar, die durch eine win-win-Lösung überwunden werden kann, zumal sie mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze verbunden ist. Mit Blick auf den weltweit anhaltend steigenden Verbrauch an Ressourcen und die dadurch verursachten Emissionen drängt sich demgegenüber freilich die Frage nach den Gründen für die „Trägheit“ des Systems auf, welches, verglichen mit anderen historischen Herausforderungen – wie der Entwicklung der Raumfahrt oder der Bewältigung der Finanzkrise – erst wenig Kraft zum Umlenken aufbringt. Soziologisch lassen sich zahlreiche Gründe für dieses Verhalten angeben, beispielsweise die vergleichsweise starken Einschnitte in den eigenen Lebensablauf bei gleichzeitig bescheidenen Erfolgsaussichten oder der schleichende Übergang in eine neue Normalität, in der selbst krasse Umweltveränderungen nicht mehr als solche empfunden werden. Hinzu tritt der enorme politische Aufwand, unter Berücksichtigung der Interessen aller Einzelakteure auf internationaler Ebene eine Einigung zu finden; zu diesen Akteuren sind auch diejenigen zu zählen, die vom Ressourcenverbrauch finanziell profitieren, wie z.B. die Rohstoffindustrie oder die Rohstoffe exportierenden Staaten. Aufstrebende Nationen wie China und Indien verursachen aktuell und mittelfristig einen stark steigenden statt stagnierenden Ressourcenverbrauch, um die eigene Entwicklung voranzutreiben. Es deutet vieles daraufhin, dass entgegen Friedmans These der anthropogene Klimawandel und die Forderung nach einer nachhaltigen Entwicklung eine Situation darstellen, die sich nicht zum Wohle aller auflösen lässt. Vielmehr liegt die große Herausforderung für Gesellschaft und Politik darin, mit einer Situation verschärfter Knappheit umzugehen.

Damit stellt sich die ethische Frage, wie der Übergang zu einer nachhaltigen Entwicklung gerecht gestaltet werden kann. Da sowohl Kosten als auch die Träger derselben bestimmt werden müssen, hat diese Frage einiges an Brisanz. Das Verhältnis von Mensch und Natur wird in diesem Zusammenhang häufig unter dem Begriff der Generationengerechtigkeit diskutiert, bei dem es darum geht, welche Ansprüche auf Ressourcen und Umweltqualität heutige und künftige Generationen berechtigterweise haben und wie diese Ansprüche gegenwärtig zu realisieren sind. Andere Ansätze erwägen die Rechte der Natur, der ein Eigenwert zugesprochen wird, oder die Frage, wie die gegenwärtige Generation aus wohlverstandener Eigeninteresse motiviert werden kann, den Verbrauch an Naturressourcen zu begrenzen.

Als Problem der zunehmenden Knappheit von Lebensgrundlagen stellt der Klimawandel den Status quo, sowohl als Maß erreichten Wohlstands als auch als zukunftsfähiges Entwicklungsmodell in Frage. Vom Standpunkt eines moralischen Universalismus, der die grundsätzlichen Ansprüche aller Menschen respektiert und auf einen guten und gerechten Verlauf der weiteren Entwicklung zielt, ergibt sich daraus eine Reihe von Herausforderungen bei der Formulierung einer ökologisch-sozialen Moral:

Erstens ist die Spannung von persönlicher Freiheit und gesellschaftlicher Notwendigkeit neu zu überdenken. Die schon heute erkennbaren Grenzen der Umweltbelastung und -ausbeutung, mit ihren sozialen und ökonomischen Folgen machen neue, bislang unsichtbare Grenzen der persönlichen Freiheit in Produktion wie Konsum deutlich. Die aktuelle Lebens- und Produktionsweise kann nicht bruchlos fortgeschrieben und verallgemeinert werden: In 100 Jahren wird der Ressourcenverbrauch niedriger sein, nicht aufgrund moralischer Einsicht, sondern schon wegen mangelnder Verfügbarkeit der Rohstoffe. Die begrenzte Natur setzt einer Wirtschaftsform Schranken, die unbegrenztes quantitatives Wachstum zu ihrer Existenzgrundlage macht. Sowohl auf der Seite der Produktion, auf der durch Kapitaleinsatz die Notwendigkeit permanenten Wachstums als eine Grundbestimmung wesentlich verankert ist, als auch auf Seiten der Konsumtion, die eine korrespondierende Ausweitung der Bedürfnisse kennt, müssen deshalb die benannten äußeren Grenzen aus freien Stücken zum Maßstab einer bewussten Umgestaltung gemacht werden, bevor sie unkontrolliert und ohne Rücksicht auf soziale Notwendigkeiten durchschlagen. Mit Blick auf die schon heute absehbaren bzw. berechenbaren Entwicklungen sollten bei der Nutzung des privaten Eigentums an Produktions- und Verbrauchsgütern – zweifellos einem wichtigen Ausdruck der individuellen Freiheit – verschärfte Einschränkungen geltend gemacht werden. Das Verhältnis von persönlicher Freiheit und gesellschaftlichen Ansprüchen zu reflektieren, ist eine wichtige Aufgabe der Philosophie.

Dabei ist zweitens die höchst unterschiedliche Betroffenheit der Menschen zu berücksichtigen. Die Metaphern von der Klimakatastrophe oder der Tragfähigkeit des Planeten können in einem wichtigen Punkt in die Irre führen. Sie suggerieren, dass alle Menschen gleichermaßen oder zumindest in beträchtlichem Maße unter den Umweltschäden zu leiden hätten. Träfe dies zu, so läge es im Eigeninteresse aller, große Anstrengungen zu unternehmen, die Katastrophe abzuwenden. Dies ist aber weder innerhalb einer Gesellschaft und schon gar nicht im internationalen Vergleich der Fall. Die gesellschaftlichen Gruppen verfügen über deutlich unter-

schiedliche Potenziale, sich veränderten Umweltbedingungen anzupassen. Ein treffendes Beispiel ist die Verteuerung der Grundnahrungsmittel durch Knappheit der Rohstoffe bzw. in der Konkurrenz um ihre Nutzung, wie beim starken Anstieg der Maispreise 2007. Die so genannte Tortilla-Krise hatte für die Verbraucher in den USA und in Mexiko ein sehr unterschiedliches Ausmaß. Die ethische Herausforderung liegt somit vor allem in der Stärkung von Solidarität, Mitgefühl und Verantwortung für Andere, nicht in der Explikation eines vermeintlichen allgemein geteilten Eigeninteresses.

Die unterschiedliche Betroffenheit kann drittens die Gefahr zunehmender Polarisierung vergrößern. Eine zentrale Voraussetzung liberaler Gerechtigkeitstheorien ist die gegenseitige Anerkennung als bedürftige Wesen. Gedankenexperimente über eine gerechte Verteilung setzen die Bereitschaft zur Abstraktion von der eigenen faktischen Position voraus. Diese Bereitschaft, sich in die Lage des Anderen hineinzusetzen und damit seine Bedürfnisse prinzipiell anzuerkennen, mag mit steigender Polarisierung faktisch abnehmen. Der Andere wird weniger als Bedürftiger denn als Bedrohung wahrgenommen. Im nationalen Rahmen sind solche Phänomene gut bekannt. Aber auch international wird z.B. in der Migrationspolitik verstärkt auf nationales Interesse, Abschottung und Selektion statt auf Hilfe gesetzt. Eine universalistische Ethik steht angesichts solcher Phänomene vor der Herausforderung, die sozialen Bedingungen einer allgemeinen Anerkennung des Anderen als moralisches Subjekt zu reflektieren, und auch die Handlungslogiken und zusammenhänge deutlich zu machen, die oftmals ein unmoralisches Handeln nahelegen.

Viertens sind Zynismus und Defätismus ernste Herausforderungen ethischen Handelns. Nicht zuletzt sollten daher Möglichkeiten erwogen werden, geistige Mittel anzubieten, um einem Verzweifeln an den gigantischen Aufgaben entgegenzuwirken. Ein neues Nachdenken über Hoffnung, Zukunft und Utopie scheint an dieser Stelle geboten.

Eine nachhaltige Entwicklung kann nur durch politisches und technisches Handeln realisiert werden. So weit ist der These von Friedmann zu folgen. Die Voraussetzungen dafür bestehen unter anderem in der Einsicht in Motivationen, soziale Zusammenhänge und die systemischen Zwänge. Auch die Philosophie kann durch die Darlegung gerechtfertigter Ansprüche und durch die Reflexion der sich ergebenden Widerstände dazu beitragen, an der schmalen Brücke moralischer Einsicht zu bauen, über die ein vorausschauendes Handeln führen kann.

Das fiph in der Lehre

Wintersemester 2010/11

Dr. Yoko Arisaka

Universität Hildesheim: Institut für Philosophie
Seminar „Philosophy of Race“

PD Dr. Andreas Hetzel

Technische Universität Darmstadt: Institut für Philosophie
Vorlesung „Ethik der Gabe“
Proseminar „Kierkegaard. Entweder – Oder“

PD Dr. Eike Bohlken

Universität Tübingen: Philosophisches Seminar
Seminar „G.W.F. Hegel: Wissenschaft der Logik“

Prof. Dr. Jürgen Manemann

Universität Hannover: Institut für Theologie und Religionswissenschaft
Seminar: „Religion und Konflikt“

pro&contra



pro: Johann S. Ach

Johann S. Ach ist Leiter des Centrums für Bioethik und Privatdozent am Philosophischen Seminar der Universität Münster.

Eine Indikation zur Präimplantationsdiagnostik (PID) kommt in mehreren Situationen in Betracht: So genannten Hochrisikopaaren beispielsweise, die wissen, dass sie ein hohes Risiko tragen, dass ihr Kind mit einer schwerwiegenden Erbkrankheit zur Welt kommt, bietet die PID die Chance auf gesunde Nachkommen. Diese Paare müssten anderenfalls auf ein eigenes Kind verzichten oder während der Schwangerschaft eine Pränataldiagnostik (PND) und gegebenenfalls einen Schwangerschaftsabbruch durchführen. Ähnliches gilt für Paare, bei denen aufgrund fortgeschrittenen Alters eine erhöhte Wahrscheinlichkeit besteht, ein Kind mit einer Chromosomenveränderung zu bekommen. Darüber hinaus können Paare, die aufgrund einer Fertilitätsstörung eine In-vitro-Fertilisation in Anspruch nehmen, mit Hilfe einer PID unter Umständen ihre Erfolgsaussichten verbessern, indem mit dem Leben unvereinbare Chromosomenstörungen beim Embryo ausgeschlossen werden. Neben der Vermeidung unerwünschter Eigenschaften („screening out“) lässt sich die PID aber auch zur Auswahl erwünschter Eigenschaften („choosing in“) nutzen, etwa zur Auswahl immunkompatibler Embryonen als Zell- oder Gewebespender für erkrankte Geschwister. Die PID eröffnet damit neue Handlungsspielräume und neue Möglichkeiten reproduktiver Selbstbestimmung.

Dies ist vor allem dem Umstand geschuldet, dass die PID eine Selektion von befruchteten Eizellen vor der Übertragung in den Uterus erlaubt. Eben deshalb wird sie von vielen abgelehnt. Wie überzeugend aber sind die Argumente gegen eine solche Selektion? Gewiss, wer bereits frühen menschlichen Embryonen Würde und Lebensrecht zuerkennt, wird deren Aussonderung nach einer PID als moralisch unzulässige Tötung verurteilen. Vertritt man

eine andere Auffassung, bleiben im Wesentlichen zwei Argumente: Dem Expressions-Argument zufolge ist Embryonenselektion im Rahmen von PID deshalb moralisch unakzeptabel, weil die Selektionsentscheidung ein Urteil über den Lebenswert all jener Menschen impliziert, die Träger desjenigen Merkmals sind, gegen das selektiert wird. Dieses Argument ist freilich wenig plausibel: Wenn Eltern sich für die Selektion gegen ein bestimmtes Merkmal entscheiden, wird das Motiv in aller Regel darin bestehen, schwere Belastungen ihres künftigen Kindes zu vermeiden oder eigenen Belastungen zu entgehen, und nicht darin, das fragliche Merkmal oder gar alle Träger dieses Merkmals abzuwerten. Dem Dammbruch-Argument zufolge begibt man sich auf eine ‚schiefe Ebene‘, wenn man die PID zulässt, da sich eine Eingrenzung der Indikationsstellung in der Praxis nicht realisieren lasse. Auch dieses Argument ist freilich nicht unproblematisch: Man kann unterschiedlicher Auffassung darüber sein, ob die befürchteten Konsequenzen, zum Beispiel die Diagnose von genetischen Merkmalen ohne Krankheitswert, tatsächlich unbedingt vermeidenswert sind; vor allem aber ist fraglich, ob die behaupteten Dammbruch-Gefahren mit überzeugenden Gründen als plausibel oder als wahrscheinlich ausgewiesen werden können.

Auch wenn keine grundsätzlichen Argumente gegen die PID sprechen, ist eine soziale und rechtliche Regulierung ohne Zweifel sinnvoll und notwendig. In liberalen Gesellschaften muss dabei jedoch der Grundsatz in dubio pro libertate gelten. Staatliche Einschränkungen sind grundsätzlich rechtfertigungspflichtig. Die Beweislast liegt also bei jenen, die meinen, dass es überzeugende Gründe dafür gibt, die PID einzuschränken oder gar zu verbieten.

Sind PID und Selektion bei künstlich erzeugten Embryonen moralisch begründbar?



contra: Giovanni Maio

Giovanni Maio ist Professor für Medizinethik und Direktor des Interdisziplinären Ethikzentrums der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg.

Bei der Präimplantationsdiagnostik (PID) geht es vor allen Dingen um anthropologische Grundfragen. Diese Grundfragen berühren nicht nur den Status des Embryos, sondern noch viel mehr die Frage, ob die bedingungslose Annahme eines jeden Menschen zur Disposition gestellt werden soll. Der PID liegt eine Logik der Qualitätskontrolle zugrunde, die ich grundlegend in Frage stelle. Es sollen alle vorhandenen Selektionsmittel ausgeschöpft werden, um die Kinder zu bekommen, die sich die Erwachsenen wünschen. Im Zuge einer solchen Selektions- und Machbarkeitslogik verändert sich unsere Einstellung zu den werdenden Kindern und damit zugleich zu uns selbst. Kinder werden immer mehr als Produkte begriffen, die man bestellt, nach Qualitätskriterien prüft und bei Nichtgefallen wieder abbestellt. Das werdende Kind wird somit nicht als Gabe angesehen, die man dankbar entgegennimmt, sondern als Resultat der je eigenen Überprüfungskriterien, als ein Herstellungsergebnis, das man nur annimmt, wenn es den vorgegebenen Ansprüchen auch genügt. Nichts anderes geschieht bei der PID; hier werden Embryonen nur auf Probe gezeugt, und erst die Qualitätsprüfung entscheidet darüber, ob man das Produkt annimmt oder bei mangelnder Qualität eben zurückgibt.

Wenn heute nicht nur die PID, sondern zugleich auch die Pränataldiagnostik (PND) als reine Selektionsmethode benutzt werden, dann ist das genauso wenig vertretbar, und letztlich auch nicht im Geiste des geltenden Gesetzes. Denn der selektive Schwangerschaftsabbruch kann nur dann in rechtmäßiger Form vorgenommen werden, wenn die Gesundheit der Frau durch die Schwangerschaft gefährdet ist. Liegt dies nicht vor, so bleibt der Schwangerschaftsabbruch rechtswidrig. Daher kann man sich zur Legitimie-

rung der PID nicht auf den Schwangerschaftsabbruch berufen, denn es besteht weder eine Schwangerschaft noch eine gesundheitliche Gefährdung.

Das gängige Argument, mit der PID könne man einen Schwangerschaftsabbruch verhindern, ist ebenfalls nicht stichhaltig. Denn mit dieser Argumentation setzt man fälschlicherweise voraus, dass der Abbruch sozusagen die logisch zwingende Reaktion auf ein Kind mit Gendefekt ist. Der Gesetzgeber hat mit gutem Grund die alte Regelung, nach der allein der pathologische Befund eines Feten den Abbruch rechtfertigen konnte, aufgehoben, weil er erkannt hat, dass eine solche Regelung diskriminierend ist. Seitdem wurde zu Recht nur die Konfliktsituation der Frau in den Vordergrund gerückt und nicht der Gesundheitszustand des vorgeburtlichen Lebens. Wenn man nun sagt, allein der Test im Reagenzglas reicht aus, um den Embryo auszuwählen, so ist dies ein Rückfall in ein nicht vertretbares Denken, denn wenn man den Gendefekt allein als Rechtfertigungsgrund für das Auswählen nimmt, so fällt man unweigerlich ein Unwerturteil über das Leben des Embryos und mittelbar auch über all die Menschen, die diese Krankheit haben.

Die gängige Argumentation, dass man mit der PID einen Abbruch verhindern könne, geht von einer Selbstverständlichkeit des Abbruchs als sozusagen regulären und zwingenden Umgang mit erblich vorbelasteten Kindern aus, was eine Geringschätzung dieses Lebens bedeutet und daher in hohem Maße problematisch ist. Dass diese Einstellung längst zur regulären Praxis geworden ist, ändert nichts an ihrer ethischen Unvertretbarkeit.

Um den Lesern/innen die Arbeit des fiph noch transparenter zu machen, möchten wir Ihnen neben neuen Fellows, Stipendiaten/innen und Mitarbeitern/innen auch die Mitglieder des Vorstands der Stiftung Forschungsinstitut für Philosophie Hannover vorstellen.

Die vernünftige Rechtfertigung des christlichen Glaubens lag mir schon während meines Theologiestudiums in Freiburg i. Br. und Fribourg/Schweiz besonders am Herzen, und dieses Interesse brachte mich dazu, zusätzlich noch Philosophie zu studieren und dann auch im Fach Philosophie in Freiburg zu promovieren. So wurde ich zu einer Grenzgängerin zwischen den beiden Disziplinen – bis heute. Das verbindet mich auch mit dem fiph, das ja genau für diese Verbindung von Philosophie und Theologie steht. Nach der Promotion ging ich nach Münster, um eine Stelle als wissenschaftliche Assistentin am Seminar für philosophische Grundfragen der Theologie anzutreten und um dort in Theologie zu habilitieren. Haben mich in Freiburg vor allem Heidegger und die Kritische Theorie sowie postmoderne Theorien interessiert, so kam in Münster ein vertieftes Studium des Deutschen Idealismus hinzu. Meine erste Professur trat ich an der Theologischen Fakultät Tilburg in den Niederlanden an – für Systematische Philosophie und für Fundamentaltheologie. So konnte ich meine beiden wissenschaftlichen „Identitäten“ miteinander verbinden. Das Leben, Lehren und Forschen in den Niederlanden hat mir neue Horizonte eröffnet und auch mein Denken nochmals verändert, insbesondere mit Blick auf das dortige religiöse Feld und die gesellschaftliche Situation, aber auch hinsichtlich des Verständnisses von Theologie und Philosophie und nicht zuletzt der Struktur an der Universität: flache Hierarchien, diskussions-



Saskia Wendel

ist Professorin für Systematische Theologie am Institut für katholische Theologie der Universität zu Köln und Mitglied des Vorstands der Stiftung fiph.

freudige Studierende, Interdisziplinarität durch strukturierte Forschungsverbünde. Nach einem einjährigen fellowship für Theologie am Max-Weber-Kolleg der Universität Erfurt erhielt ich 2008 den Ruf auf einen Lehrstuhl für Systematische Theologie an der Universität zu Köln. Wichtig ist für mich, Wissenschaft nicht im Elfenbeinturm zu treiben, sondern mit Blick auf aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen und mit dezidiert politischem Interesse, ja mit einer gewissen politischen Parteilichkeit, die insbesondere in der Theologie zum Tragen kommen kann und muss. Dies führt mich zum fiph zurück, denn es gehört zu den Grundanliegen des Instituts, wissenschaftliche Reflexion und ein aus bestimmten Kernmotiven des Christentums, wie der Würde der Person oder dem Solidaritätshandeln mit den Armen und Unterdrückten, sich speisendes politisches Selbstverständnis miteinander zu verbinden und auch öffentlichkeitswirksam zu vertreten.



NEUERSCHEINUNG

Bildungsgerechtigkeit – Interdisziplinäre Perspektiven

Bildung ist aktuell eines der zentralen politischen Themen. Auf allen Ebenen – von der Kindertagesstätte, über die Schulen und Universitäten bis hin zur Weiterbildung – wird über die Neugestaltung und Verbesserung gestritten, immer vor dem Hintergrund knapper Kassen und unterschiedlicher Prioritäten. Da der Zusammenhang von Bildungsabschluss und Beschäftigungsaussichten zunehmend als durch die soziale Herkunft bestimmt erkannt wird, rücken Gerechtigkeitsfragen verstärkt in den Fokus der Diskussion.

Der Band 8 der Reihe Forum Bildungsethik thematisiert die ökonomische, soziale, ethische und nicht zuletzt auch die pädagogische Dimension des vielschichtigen Problemkomplexes. Einzelne Beiträge untersuchen, ob im Bildungssystem die soziale Frage der Gegenwart gestellt wird (Marianne Heimbach-Steins) und welchen Anforderungen Bildung gerecht werden muss, sofern sie zu einer Kultur der Verständigung beitragen soll (Katja Neuhoff). Axel Bernd Kunze betont in seinem Beitrag „Bildung als Freiheitsrecht“ neben individuellen und sozialen Dimensionen der Menschenrechte auch die Grenzen staatlicher Regulierung, die gerade im Bildungssystem Freiheitsspielräume respektieren müsse, um die Ziele selbstbestimmten Lebens und aktiver demokratischer Partizipation erreichbar zu machen.



Marianne Heimbach-Steins, Gerhard Kruij, Axel Bernd Kunze (Hg.):
Bildungsgerechtigkeit Interdisziplinäre Perspektiven
Bielefeld: W. Bertelsmann
2009, 227 Seiten,
29,90 Euro

fiph rückblick

WETTBEWERB

Jugend denkt

Seit nunmehr zehn Jahren wird von der Stiftung Kulturregion Hannover der Wettbewerb „Jugend denkt“ ausgeschrieben.

Als der Wettbewerb ins Leben gerufen wurde, gab es Skepsis, ob sich junge Menschen hinsetzen und eigene Gedanken zu Papier bringen, also philosophieren würden. Doch allen Unkenrufen zum Trotz erfreut sich der Wettbewerb steigender Beliebtheit. Auch die als Preise ausgelobten Philosophie-Wochenenden in der Villa des Tee-Magnaten Onno Behrends in Norden/Ostfriesland zeigen, dass Jugendliche mit großer Freude und Engagement selbstständig denken. Intensiv widmen sich die Preisträgerinnen und Preisträger drei Tage lang existenziellen, moralischen und gesellschaftlich relevanten Fragen mit Hingabe und Lust auf hohem kognitivem Niveau. Sie nehmen auch gern die kulturellen Angebote der Region an, wie den Besuch des Schlossgartens von Lütetsburg, der die Einheit von Ethik und Ästhetik präsentiert, den Besuch der Kunsthalle in Emden oder das Konzert auf der Arp-Schnitger-Orgel in der Ludgeri-Kirche zu Norden.

Nun sind die Stiftung und das Forschungsinstitut für Philosophie einen Schritt weiter gegangen. Jürgen Manemann, Direktor des fiph, und Detlef Horster, Leiter des Wettbewerbs, haben den Text der Preisträgerin Hanna Bonnekoh „Was heißt eigentlich ‚glauben?‘“ dem Philosophiekurs des traditionsreichen katholischen Gymnasiums „Josephinum“ in Hildesheim zugesandt. Die Schülerinnen und Schüler sollten sich mit diesem Text wie mit einem klassischen philosophischen Text auseinandersetzen. Manemann und Horster haben jeweils eine Gruppe bei der Diskussion angeleitet. Die Schülerinnen und Schüler spürten erst einmal die

Struktur des Textes auf und diskutierten entlang des dadurch gegebenen roten Fadens die verschiedenen Aspekte des Glaubens: Was „glauben“ ist, wurde durch verschiedene Abgrenzungen ermittelt: von der Überzeugung, vom Wissen, vom scheinbaren Wissen. Wenn man den Glauben vom Wissen und von der Überzeugung abgrenzt, ist er dann ein Gefühl? Oder ist der Glaube eine Suche nach einer Antwort, die das Wissen und die Überzeugung nicht geben können? Im zweiten Schritt diskutierten die Schüler/innen, was es heißt, an jemanden zu glauben. Heißt das, von jemandem überzeugt sein? Will man jemandem Kraft geben, indem man ihm sagt, dass man an ihn glaubt? Ist das ein Bekenntnis oder einem Bekenntnis gleichzusetzen? Und was heißt es dann, wenn man sagt, dass man an Gott glaubt?

Hanna Bonnekoh versuchte, auf etymologischem Weg eine Antwort zu finden. Sie übersetzte „ich glaube“ ins Lateinische, so erhält man „credo“. Das setzt sich nach ihrer Interpretation aus „cor do“ zusammen und bedeutet soviel wie „ich gebe mein Herz“. Man schenkt also dem Anderen sein Herz, sein Vertrauen. Was aber ist Vertrauen? Mehr als Wissen? Wenn man nun immer noch keine Antwort weiß, ist im nächsten Schritt die Frage nach dem Ursprung des Glaubens zu stellen. Basiert er auf Überlegungen, auf Lebenserfahrungen, oder ist der Ursprung des Glaubens das Nicht-Nachdenken-Wollen? Wie es in der Philosophie sein muss, gab es auch auf diese Fragen keine endgültigen Antworten.

Der Wettbewerbsbeitrag von Hanna Bonnekoh ist zusammen mit anderen in einer Broschüre erschienen, die bei der Stiftung Kulturregion Hannover unter info@stiftung-kulturregion.de angefordert werden kann. Die Fragen des nächsten Wettbewerbs und die Teilnahmebedingungen können ab dem 1. April 2011 unter <http://www.stiftung-kulturregion.de/> abgerufen werden.

KOOPERATIONSTREFFEN

Treffen in Hildesheim



Eberhard Ortland, Tilman Borsche, Jürgen Manemann und Volker Drell bei der Nachdiskussion im Café Einstein.

Am 07. Mai 2010 waren die Mitarbeiter und Fellows des fiph am Institut für Philosophie der Universität Hildesheim zu Gast. Im Rahmen der bestehenden Kooperation tauschte man sich über laufende und geplante Projekte aus. Fiph-Fellow Héctor Wittwer hielt einen Vortrag zum Thema „Der Begriff der rational erlaubten Handlung und seine Bedeutung“.

Wittwer legte seinem Vortrag die Frage zugrunde, ob es unvernünftig bzw. selbstwidersprüchlich sei, gegen moralische Regeln zu verstoßen. Um diese Frage zu klären, müssten mehrere Unterscheidungen getroffen werden: Wichtig sei zum einen die Abgrenzung von praktischer Rationalität und Moralität sowie zum anderen die Differenzierung von Überlegungsgründen (Motiven und Handlungsgründen aus der Innenperspektive des handelnden Subjekts) und Erklärungs- und Rechtfertigungsgründen (propositional fassbare Zuschreibungen von außen). Während die Handlungstheorie danach frage, wie Überlegungsgründe handlungswirksam wer-

den, gehe es der Rationalitätstheorie allein um die Rechtfertigung von Handlungen. Von einer Selbstwidersprüchlichkeit unmoralischen Handelns könne lediglich dann sinnvoll gesprochen werden, wenn es nur eine einheitliche Form von Rationalität gebe. Der Streit zwischen konsequenzialistischen und nicht – konsequenzialistischen moralphilosophischen Ansätzen sowie die Gegenüberstellung von prudenziellen und moralischen Gründen, mit denen jeweils Anspruch auf Rationalität erhoben werde, weise jedoch darauf hin, dass die Sache nicht so einfach liege und es nicht nur ein rational Gebotenes, sondern auch ein rational Erlaubtes geben könne. In der intensiven Diskussion ging es vor allem um die Frage, ob sich – etwa mit dem Verweis auf eine gesellschaftskonstitutive Funktion der Moral – ein Vorrang moralischer Rationalität gegenüber anderen Formen von Rationalität begründen lasse.

KIRCHENTAG

Empfang auf dem 2. Ökumenischen Kirchentag in München



Am 13. Mai 2010 veranstalteten das Sozialwissenschaftliche Institut der Evangelischen Kirche (SI) und das fiph beim 2. Ökumenischen Kirchentag einen gemeinsamen Empfang mit einem Vortrag von Prof. Dr. Hans Joas.

Mit einer Abendveranstaltung in der Katholischen Akademie in München stellten sich das SI und das fiph in Anwesenheit des Hildesheimer Bischofs Norbert Trelle und des Vorsitzenden der Stiftung fiph Prof. Dr. Ulrich Hemel dem interessierten Kirchentagspublikum vor. Gerhard Wegner, Leiter des SI, schilderte die vielfältigen Arbeitsfelder und Fragestellungen seines Instituts, das Fragen aus den Bereichen Wirtschaft und Soziales, Arbeitswelt, Diakonie, Kirchen- und Religionssoziologie vom

Standpunkt evangelischer Sozialethik aus bearbeitet. Nach einer kurzen Reflexion über die Philosophie als kritische Wissenschaft umriss Jürgen Manemann in seinem Vortrag die Aufgaben und inhaltlichen Ziele, die sich das fiph für die nähere Zukunft gesetzt hat. Neben der anhaltenden Förderung der Philosophie durch die Vergabe von Fellowships und die Auslobung von Preisen, wies er am Beispiel einer geplanten Publikation über den US-amerikanischen Philosophen Cornel West besonders auf die eigenen Forschungen am Institut hin.

Der Hauptvortrag von Hans Joas „Religion in Europa: Pluralismus, Säkularisierung, neue Vitalität“ sorgte für eine rege Diskussion mit dem interessierten Publikum. Dabei ging es unter anderem darum, inwiefern die Migration insbesondere aus afrikanischen Ländern zukünftig zu einer Vitalisierung des religiösen Lebens in Europa führen werde. Der anschließende kleine Empfang bot einen schönen Rahmen für weitere Gespräche.

VORTRAG

Macht Glück immer glücklich?

Am 18. Mai 2010 hielt Wilhelm Schmid, der als freier Philosoph in Berlin lebt und arbeitet und mit seinen Büchern zur Philosophie der Lebenskunst einen hohen Bekanntheitsgrad erreicht hat, einen Vortrag zur Frage „Macht Glück immer glücklich?“. Die rund 300 Zuhörer erlebten einen spannenden Vortrag, in dem Schmid auf amüsante Art komplexe Überlegungen mit anschaulichen Beispielen verband.

Angesichts der Konjunktur, die der Glücksbegriff in den letzten 100 bis 150 Jahren erfahren habe, gelte es, sich gegen einseitige und falsche Glücksbegriffe und versprechen zu schützen. Schmid unterschied zunächst drei Grundformen des Glücks: Das absolut unverfügbare Zufallsglück, für das man sich lediglich öffnen könne, das aktiv erstrebare Wohlfühlglück (frz.: bonheur, engl.: happiness) im Sinne des Wunsches, dass alles positiv verlaufen möge, und das nur durch Nachdenken zu erlangende philosophische Glück. Als ge-



„Wie sag ich's dem Freund?“ Wilhelm Schmid in der Diskussion zu seinem Vortrag.

lingend oder glückend könne nur ein Leben bezeichnet werden, das zum einen alle drei Formen zusammenbringe, zum anderen auch die Kontrapunkte der Ermattung und des Schmerzes integriere. Sowohl das rein passive Warten auf ein Zufallsglück als auch die übersteigerte Jagd nach dem Wohlfühlglück oder ein Verdrängen der schweren Phasen des Lebens stünden dem entgegen. Eine Philosophie der Lebenskunst zielt daher primär darauf, ein Instrumentarium für den Umgang mit den Polaritäten des Lebens zu schaffen. Im Unterschied zur Gesprächstherapie sei sie – so Schmid's Resümee aus einer zehnjährigen Arbeit als „philosophischer Seelsorger“ in einem Schweizer Spital – dabei insgesamt offener, weil weniger an konkreten (Teil-) Zielen ausgerichtet.

WORKSHOP

Vernünftiger Pluralismus



Franziska Martinsen (2. v. rechts) stellt eine Frage zum Vortrag von Maria Robaszkiewicz

Am 16. Juli 2010 fand am fiph ein Workshop zum Thema „Vernünftiger Pluralismus“ statt, der von Jürgen Goldstein im Rahmen seines Aufenthaltes als Research Fellow veranstaltet wurde.

Libérale Gesellschaften lassen sich an dem Merkmal erkennen, dass in ihnen ein Pluralismus von widerstreitenden Wertvorstellungen, Leitbildern, Idealen und Weltorientierungen vorherrscht. Man mag diesen Pluralismus als einen Verlust von verbindlichen Leitideen bedauern oder als eine Ressource gesellschaftlicher Kreativität begrüßen – er ist faktisch vorhanden und als Grundkonstitution moderner Gesellschaften allgemein anerkannt. Er wird sich nicht ohne Preisgabe der Liberalität zugunsten einer wie auch immer gearteten Einheit der Gesellschaft überwinden lassen. Der amerikanische Gerechtigkeitstheoretiker John Rawls ist einen Schritt weitergegangen, indem er über den faktischen Pluralismus hinaus von einem vernünftigen Pluralismus („reasonable pluralism“) gesprochen hat. Liberale Gesellschaften beherbergen demnach eine Vielzahl von unterschiedlichen, dissonanten und konkurrierenden, aber dennoch allesamt vernünftigen Universalen. Diese Diversität an vernünftigen Universalen wird von Rawls als Resultat der freien praktischen Vernunft angesehen und nicht als ein defizitärer Status einer verlorengegangenen Einheitsvorstellung begriffen.

Der vernünftige Pluralismus bezeichnet aber nicht nur die Leistungsfähigkeit der politischen Vernunft, sondern auch die drohende Krise moderner Demokratien. Diesen Perspektiven ging der Workshop nach: Welche Chancen, welche Risiken beherbergt ein vernünftiger Pluralismus? Welche positiven Bezüge zu anderen Autoren der politischen Philosophie bzw. welche Einwände von anderen Positionen aus lassen sich angesichts des vernünftigen Pluralismus formulieren? Bietet der vernünftige Pluralismus eine tragfähige Leitidee für das politische Denken überhaupt?

Nachdem Jürgen Goldstein in diesen Problemzusammenhang eingeführt hatte, ging Nico Scarano der Frage nach, ob es nach Rawls eine „Pflicht zur Bürgerlichkeit“ im Sinne einer Argumentationsbeschränkung für öffentliche Debatten gibt. Dahinter steht der Gedanke, dass in einer pluralen Gesellschaft nicht alle Argumente als politische Argumente zugelassen werden sollten – religiöse Argumente etwa werden nicht als solche in politischen Entscheidungsprozessen Gehör finden. Ulf Bohmann erörterte den Zusammenhang von Pluralismus und politischer Theorie mit

Blick auf Charles Taylor. Dieser hatte im Rahmen seiner Anerkennungs Bemühungen pluraler Kulturen in Quebec für einen Schutz der frankophonen Minderheiten optiert. Ruth Hagengruber stellte aus der Perspektive der Ökonomie als Grundlage eines vernünftigen Pluralismus kritische Rückfragen an die Position von Rawls. Maria Robaszkiwicz entfaltete die fundamentale Bedeutung der Pluralität im Denken Hannah Arendts. Die Diskussion dieser unterschiedlichen und doch komplementären Positionen ließ das Potenzial des vernünftigen Pluralismus erkennen, machte aber zugleich die Reflektionsaufgabe deutlich, die der politischen Philosophie mit diesem Terminus auferlegt ist.

Teilnehmer/innen:

Yoko Arisaka (Hannover),
Eike Bohlken (Hannover/Tübingen),
Ulf Bohmann (Jena),
Volker Drell (Hannover),
Mandy Dröscher (Hannover),
Stephan Garhammer (Hannover),
Jürgen Goldstein (Hannover/Bonn),
Ruth Hagengruber (Paderborn),
Anna Maria Hauk (Hannover),
Ailine Horn (Hannover),
Jürgen Manemann (Hannover),
Franziska Martinsen (Hannover),
Günther Mensching (Hannover),
Maria Robaszkiwicz (Bonn),
Nico Scarano (Tübingen).

VORTRAGSREIHE

Vorträge der fiph-Fellows



fiph-Fellow Stephan Garhammer erläutert aktuelle Emotionstheorien.

In der Reihe fiph-Fellows bieten wir unseren Fellows die Möglichkeit, Teile ihrer Arbeit einem öffentlichen Publikum zu präsentieren. Im Sommer 2010 gab es einen bunten Strauß an Themen, der von

der „Menschenwürde“ über den amerikanischen „Race-Discourse“ bis hin zu „Aktuellen Emotionstheorien“ und einer „Intellektuellen Biographie“ von Jürgen Habermas reichte.

20. April Héctor Wittwer erörterte in seinem Vortrag rechtsphilosophische Schwierigkeiten, die sich aus Artikel 1 des Grundgesetzes bzw. aus der „Menschenwürde als Rechtsbegriff“ ergeben. Probleme entstünden zum einen aus dem mit Art. 1 verbundenen Rechtsdogma der Unabwägbarkeit und dem „Status der Menschenwürde“ als höchster Wert im deutschen Recht. Hinzu kämen Vorwürfe der inhaltlichen Unbestimmtheit, der Mehrdeutigkeit und eines ideologischen Charakters (als „Totschlagargument“) der Menschenwürdeformel. Diese Probleme seien aber dann zu lösen, wenn man die Menschenwürde als „statusanzeigenden Begriff“ bzw. als Abkürzung für „Träger moralischer Grundrechte“ auffasse, ohne ihr einen darüber hinausgehenden eigenständigen Inhalt zuzusprechen.

15. Juni In ihrem Vortrag „Angst vor den Anderen: Eine philosophische Einführung in den ‚Race Discourse‘“ versuchte Yoko Arisaka, die in Amerika gebräuchliche Kategorie „Race“ für die Diskussion in Deutschland zu erschließen. Die entscheidende Stärke des Race-Discourse liege darin, dass er Dinge sichtbar mache, die man sonst nicht in den Blick bekäme. Man brauche ihn einerseits, um eine Analyse rassistischer Einstellungen vorzunehmen, andererseits um den verharmlosenden Strategien eines schlichten Nicht-wissen-Wollens oder der color blindness einer weißen Mehrheit, die selten zum Opfer rassistischer Diskriminierung wird, etwas entgegenzusetzen. In der Diskussion ging es auch um das Verhältnis von „Race“ und „Ethnie“ bzw. einem ethnisch gefassten Kulturbegriff.

29. Juni Stephan Garhammer gab einen anschaulichen Überblick über „Aktuelle Emotionstheorien“. Er grenzte dabei vier Hauptströmungen gegeneinander ab. Die „Feeling Theory“ betrachte Emotionen als innere Wahrnehmung von Körperzuständen, ohne die Außenwelt einzubeziehen. Die „Kognitive Theorie“ begreife Emotionen hingegen als Urteile mit der Funktion eines Markers für wichtige Dinge und Personen. Die verwandte Theorie der „Affektiven Intentionalität“ verstehe Emotionen als nach bestimmten werthaftern Bereichen organisierte

Wahrnehmungen. Die von Garhammer favorisierte „Frames-Theorie“ fasse Emotionen als Modi des gesamten mentalen Systems. Eine Entscheidung für oder gegen eine der vier Theorien werde jedoch dadurch erschwert, dass die unterschiedlichen Theoriesprachen je eigene „Gegenstände“ erzeugten, die kaum empirisch zu bestätigen oder zu widerlegen seien.

06. Juli Jürgen Goldstein unterzog sich in seinem Vortrag über die „intellektuelle Biographie“ von Jürgen Habermas der anspruchsvollen Aufgabe, einen Überblick über dessen gesamtes Schaffen zu geben. Seinen Versuch, in der Vielzahl der von Habermas bearbeiteten Themen einen roten Faden zu finden, knüpfte er an die Begriffe „Moderne“, „Öffentlichkeit“, „kommunikatives Handeln“ und „Diskurs“. Der Einsicht, dass die Moderne ein Projekt sei, das auch scheitern könne, entspreche ein besonderes Eintreten für die Öffentlichkeit als ein verteidigungswürdiges Gut, das immer wieder neu erzeugt werden müsse. Die Sprache trage als Boden der Intersubjektivität ein Telos wechselseitiger Verständigung in sich. Diese kommunikative Vernunft der Sprache dürfe jedoch nicht mit der Forderung einer Durchrationalisierung sprachlichen Handelns verwechselt werden. Der herrschaftsfreie Diskurs schließlich sei zwar ein ideales Konzept, aber eines, das ein real wirksames Korrektiv der Macht darstelle.

MEISTERKURS

Arbeit am Markt – Der Sozialphilosoph Axel Honneth zu Gast beim philosophischen Meisterkurs 2010



Die Teilnehmer/innen des Meisterkurses 2010 mit Axel Honneth (oberste Reihe, mitte)

Vom 15. bis 19. September 2010 fand der Philosophische Meisterkurs des fiph im St. Jakobushaus zu Goslar statt. 30 Teilnehmer/innen trafen dort zusammen, um das aktuelle Forschungsprojekt des Sozialphilosophen, Soziologen und Politikwissenschaftlers Axel Honneth zu diskutieren.

Dass Axel Honneth sich nicht leicht etikettieren lässt, bemerkte schon Axel Bohmeyer am eröffnenden Akademieabend. Dort erfuhr man – in einer Art Kamingsgespräch ohne Feuerstelle –, wie der Student Honneth über Bonn (lehrreich, aber zu konservativ), Bochum und Berlin schließlich geographisch in Frankfurt, aber thematisch nie sesshaft wurde. Ganz im Geiste der Kritischen Theorie, deren Erbe er als Direktor des Frankfurter Instituts für Sozialforschung weiterführt, will er philosophische Kategorien von gesellschaftlichen Fragen nicht getrennt wissen.

Von diesem Anspruch zeugte auch das Manuskript einer Monographie, das in Abschnitten vorgelesen und besprochen wurde: ein grundlegend systematischer Entwurf einer Politischen Theorie als Gesellschaftsanalyse. Nicht konstruktiv, sondern rekonstruktiv soll dabei verfahren werden: Statt Gerechtigkeit im luftleeren Raum aus Prinzipien zu deduzieren und dann hilflos vor dem Problem der Anwendung zu stehen, soll eine rekonstruktive Theorie die in der gegebenen Gesellschaft bereits institutionalisierten Werte aufsuchen und die Realität an ihnen messen.

An Einwänden und Kommentaren zu diesem Vorhaben fehlte es nicht: Welche gesellschaftlichen Sphären lassen sich unterscheiden? Brauchen wir eine Letztbegründung? Brauchen wir eine Fortschrittskonzeption? Kommen wir ohne gesellschaftliche Vision aus? Und was genau bedeutet „Institution“?

Honneths nach eigener Aussage steilste These lautete, dass individuelle Freiheit den obersten und einzigen Grundwert der Moderne darstelle. Alle Institutionen könnten sich daher nur als Verwirklichung von Freiheit legitimieren. Brisant wird das vor allem, wenn er neben den Bereichen privater Beziehungen und demokratischer Öffentlichkeit auch den Markt als Freiheit verwirklichende Sphäre begreifen und damit der neoliberalen Deutungshoheit entreißen möchte. Genau bis zu diesem Punkt war das Manuskript bisher gediehen.

So vielseitig wie der Meister waren auch die Vorträge der Teilnehmer: Alexander Filipović ging es um eine Profilierung der christlichen Sozialethik, die er im Spannungsfeld zwischen Soziologie und Philosophie, religiösem Proprium und universalem Anspruch verortet und zu deren Systematisierung er mit einer pragmatistischen Perspektive beitragen möchte. Ebenfalls dem Pragmatismus verpflichtet war der Vortrag von Michael Festl, der anhand von Quines Vorbehalten gegen sicheres Wissen Rawls' Gerechtigkeitstheorie zu kritisieren versuchte und dieser einen pragmatistischen Ansatz im Anschluss an Dewey entgegensetzte. Unterdessen wagte sich Christian Thies an eine Rehabilitation der Geschichtsphilosophie. Er glaubt, dass diese durchaus eine Zukunft haben könne, wenn es gelinge, die Klippen von falscher Sinnstiftung und Eurozentrismus zu umschiffen und ökologische Fragen mit aufzunehmen. Fabian Geier untersuchte, inwieweit sich informationsethische Probleme mit aristotelischem Vokabular und den Kategorien der Kritischen Theorie besser erfassen lassen als mit manchen neueren Idiomen. Martin Sticker schlug vor, Kants Konzeption der gemeinen Menschenvernunft als die Möglichkeit zu interpretieren, gewissen moralischen Intuitionen einen Stellenwert im praktischen Denken zuzuweisen. Und Martina Schmidhuber suchte in der Stabilität von Institutionen Antworten auf die Brüche der Postmoderne.

Schon diese Auswahl macht deutlich: Wem es gelang, gut durch die parallelen Sektionen zu navigieren, dem bot sich ein faszinierender Querschnitt durch die aktuelle sozialphilosophische Forschung. Tatsächlich zeigte das diesjährige Treffen wieder, dass das ursprünglich aus der Musik stammende Format des Meisterkurses sich auch für die Philosophie als tauglich erweist. Man darf also gespannt sein auf die nächsten Kurse, genauso wie auf Axel Honneths nächstes Buch.

Fabian Geier ist Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Philosophie der Universität Bamberg, Martin Spicker ist Stipendiat an der St. Andrews University.



SAMMELREZENSION KLIMAWANDEL



Markus Vogt:
Prinzip Nachhaltigkeit.
 Ein Entwurf aus theologisch-ethischer Perspektive (Hochschulschriften zur Nachhaltigkeit)
 München: oekom 2009,
 555 Seiten
 34,90 Euro



Claus Leggewie/Harald Welzer:
Das Ende der Welt, wie wir sie kannten. Klimazukunft und die Chancen der Demokratie
 Frankfurt a. M.: S. Fischer
 2009, 278 Seiten
 19,90 Euro



Harald Welzer:
Klimakriege. Wofür im 21. Jahrhundert getötet wird
 Frankfurt a. M.: S. Fischer
 2008, 355 Seiten
 19,90 Euro

Markus Vogt plädiert in „Prinzip Nachhaltigkeit“ dafür, „Nachhaltigkeit“ als viertes Sozialprinzip in die christliche Soziallehre aufzunehmen. Dies sei deshalb geboten, weil nur so eine Lösung der gravierenden entwicklungs- und umweltethischen Probleme in den Blick kommen könne. Die spezifische Leistung des Nachhaltigkeitsprinzips bestehe darin, dass es – im Unterschied zu „Personalität“, „Solidarität“ und „Subsidiarität“ – den Fokus der Sozialethik über das Zwischenmenschliche hinaus auf die Naturgebundenheit des Menschen deutlich(er) mache. Vogt argumentiert aus christlicher Perspektive. Er beschreibt die Natur als „Schöpfung“ und ist stark auf sozialethische Debatten bezogen. Angesichts der These, dass „Gerechtigkeit zwar für moderne Gesellschaften weiterhin eine relevante und zentrale Kategorie ist, jedoch der Ergänzung und Konkretisierung durch die klassischen Sozialprinzipien Personalität, Solidarität, Subsidiarität bedarf, um im Wandel neuzeitlicher Gesellschaft hinreichend Orientierung zu geben“ (S. 466), wäre eine intensivere Diskussion der Rawls'schen Theorie interessant gewesen.

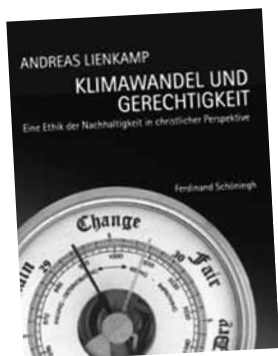
Leggewie und Welzer skizzieren den Klimawandel als einen Kulturwandel. Dieser sei in seiner Tiefe und Breite mit historischen Achsenzeiten vergleichbar. Beide zielen auf eine Verschiebung des Referenzrahmens. Ihre Wahrnehmung konzentriert sich auf die Veränderungen im sozialen und symbolischen Raum. Es gelte deshalb, den Blick zu weiten: Ingenieurskunst, Unternehmertegeist und Berufspolitik seien unzureichend, gefordert sei eine „Bürgergesellschaft im emphatischen Sinn“: „Die Metakrise, mit der wir zu kämpfen haben, fordert mehr, nicht weniger Demokratie, individuelle Verantwortungsbereitschaft und kollektives Engagement.“ Nach einem Einblick in die Ausmaße der diagnostizierten Metakrise widmen sich die beiden Autoren zunächst dem kausalen Nexus zwischen Wissen und Handeln. Ihre politischen Lösungsvorschläge zur Überwindung der globalen Krise entwickeln sie im Anschluss an eine Kritik des laufenden Krisenmanagements.

In dem Buch von Leggewie und Welzer wird der bereits von Harald Welzer in seinem Buch „Klimakriege“ (Siehe [fiph Journal](#) Nr. 12, S. 4) geforderte Paradigmenwechsel im Stile eines Manifestes erneut skizziert, wobei hier vor allem die Ausrichtung auf gesellschaftliches Verhalten und auf die Politik in den Vordergrund treten.

Preisverleihung Philosophischer Buchpreis 2010

Denken des Klimawandels

Am 10. September 2010 verlieh das fiph im Leibnizhaus Hannover erstmalig den „Philosophischen Buchpreis“. Der Preis wird für die beste philosophische Neuerscheinung der letzten drei Jahre zu einem besonderen Themengebiet vergeben. Die erste Ausschreibung zielte auf die philosophische und gesellschaftswissenschaftliche Reflexion des anthropogenen Klimawandels und seiner Folgen. Prämiert wurde Andreas Lienkamp (Berlin) mit seinem Buch „Klimawandel und Gerechtigkeit. Eine Ethik der Nachhaltigkeit in christlicher Perspektive“ (Paderborn: Schöningh 2009). Der mit 2.500 Euro dotierte Preis wurde von Prof. Dr. Ulrich Hemel, dem ersten Vorsitzenden des Vorstands der Stiftung Forschungsinstitut für Philosophie Hannover, überreicht. Zum Rückblick auf die Preisverleihung veröffentlichen wir die Laudatio, die Prof. Dr. Hans Joas (Erfurt/Chicago), Mitglied des Vorstands und der Jury, hielt.



So richtig überrascht kann Andreas Lienkamp nicht gewesen sein, als er von der Verleihung des „Philosophischen Buchpreises 2010“ des Forschungsinstituts für Philosophie Hannover erfuhr. Wer schon für seine Doktorarbeit den Dissertationspreis seiner Universität erhielt – wie Herr Lienkamp an der Universität Münster 1999 – und wer dann auch für die Habilitationsschrift von der eigenen Universität mit dem Preis für die beste Leistung in diesem Genre ausgezeichnet wurde – wie (wiederum) Herr Lienkamp im Jahr 2008 an der Universität Bamberg –, der wird eher enttäuscht sein, wenn es Tage gibt, an denen der Briefträger nicht ähnlich gute Nachrichten in den Kasten wirft.

Vielleicht war er, wenn überhaupt, nur deshalb überrascht, weil er von dem Preis, den wir heute verleihen, noch nie gehört hatte und der Verlag Ferdinand Schöningh sein dort erschienenes, über 500 Seiten starkes Opus „Klimawandel und Gerechtigkeit. Eine Ethik der Nachhaltigkeit in christlicher Perspektive“ ohne Wissen des Autors eingereicht hatte. Wenn ihm der Preis unbekannt gewesen sein sollte, war er in dieser Hinsicht gewiss nicht allein, denn es handelt sich ja in der Tat um einen neuen Preis, eine Innovation (wie man derzeit wohl sagt) des neuen Direktors des fiph, Jürgen Manemann. Ganz im Sinne der Aufgabenstellung dieses Instituts wurde erstmals ein Preis ausgelobt für ein Buch, das zu einer drängenden Problematik – in diesem Fall dem Klimawandel – einen wesentlichen Beitrag leistet. Unnötig zu erwähnen, dass nicht auf Klimatologie im engeren Sinn oder überhaupt auf naturwissenschaftliche Forschung gezielt wurde, sondern auf Versuche, auf der

Basis naturwissenschaftlicher Information über Ursachen und Folgen des Klimawandels so nachzudenken, dass dabei auch in praktisch-politischer Absicht etwas herauskommt. Dabei soll es sich zudem um ein Werk von philosophischer Relevanz handeln, das sich aber einem Thema widmet, welches von der Fachphilosophie eher am Rande liegengelassen wird.

Das ist ein anspruchsvoller Kriterienkatalog, und es ist schon fast erstaunlich, dass überhaupt mehrere Bücher eingereicht wurden, die diesen Ansprüchen prinzipiell genügen. Keines aber erfüllt nach dem Urteil des fiph-Vorstands all diese Kriterien in so hervorragender Weise wie das von Andreas Lienkamp. Ich will Grundthese, Methode, Vorgehen und Resultat des Buches ganz kurz beleuchten, um damit das Urteil des Vorstands verständlich zu machen und zu rechtfertigen.

Die Grundthese des Buches lautet in den Worten des Autors: „Der gegenwärtig beobachtbare Klimawandel, der gefährliche Ausmaße anzunehmen beginnt, ist keine Naturkatastrophe, kein unabwendbares Schicksal, sondern menschengemacht und als solcher eine massive Ungerechtigkeit, die bestehendes Unrecht noch verschärft und die – um der Würde des Menschen und des (abgestuften) Eigenwertes der außerhumanen Natur willen – in Solidarität mit den (potentiellen) Opfern unverzügliche und wirkungsvolle Maßnahmen des Klimaschutzes sowie der Anpassung an die Folgen der globalen Erwärmung verlangt.“ (S. 47f). Seine Methode kennzeichnet der Autor auf der allgemeinsten Ebene als den Dreischritt „Sehen – Urteilen – Handeln“. Bekannt wurde dieser Dreischritt vor allem durch Papst Johannes XXIII., der sich selbst an ihm orientierte, etwa in seiner Sozialenzyklika „Mater et magistra“, und damit eine Offenheit des empirischen Forschens und der Gegenwartswahrnehmung („Sehen“), eine Reflektiertheit des Bewertens („Urteilen“) und eine unverzichtbare Orientierung auf Praxis („Handeln“) in die lehramtliche Sozialverkündigung aufnahm. Die Gliederung des Buches ist an diesem methodischen Dreischritt ausgerichtet. Die einzelnen Kapitel wachsen sich dabei geradezu zu Kompendien des vorliegenden Wissens- oder Reflexionsstandes aus. Enorm sind die Kenntnisse zum menschenverursachten Klimawandel, die Kapitel 2 zusammenträgt. Die 200 Seiten zu einer Ethik der Nachhaltigkeit in christlicher Perspektive in Kapitel 3 sollten Interesse selbst bei denen finden, für die der Klimawandel nicht ein brennendes ethisches Problem darstellt, da hier in zeitgenössischer Sprache der Sinn der christlichen Rede von der Schöpfung und dem Menschen als „Mitschöpfer“, von der Gottebenbildlichkeit des Menschen und dem Eigenwert der Mitgeschöpfe, von Liebesgebot und Achtung vor dem Leben breit und originell entfaltet und dann auf Gerechtigkeit als zentrales Urteilkriterium bezogen wird. Leitlinie des vierten Kapitels, das sich mit vorhandenen technischen und politischen Instrumenten zur Minderung der Ursachen des Klimawandels beschäftigt und dann zehn konkrete Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels erörtert, ist der ethische Gesichtspunkt einer Solidarität mit den (potenziellen) Opfern.

Sehr schön ist der Schluss des Buches. Dort erinnert der Autor an die bekannte, gegen teleologische Geschichtsphilosophien und ihren falschen Trost durch Zukunft gerichtete Formel von Johann Baptist Metz, wonach kein Glück der Enkel das Leid der Väter wiedergutmachen und kein sozialer Fortschritt die Ungerechtigkeiten versöhnen könne, die den Toten widerfahren sind. Er erweitert und ergänzt diese Formel um die Erwägung, dass eben „auch kein Glück



Hans Joas bei seiner Laudatio auf Andreas Lienkamps Buch im Leibnizhaus Hannover

der Gegenwärtigen das Leid der Kindeskinde oder das Elend der außermenschlichen Natur wiedergutmache, und kein ökonomisches Wachstum die Ungerechtigkeit versöhne, die den Kommenden widerfahren wird“ (S. 466). Dies klingt für mich wie ein brillanter Vorschlag, die Position eines konkreten christlichen moralischen Universalismus in Hinsicht auf ökologische Probleme schlagwortartig zu verdichten.

Fand denn gar niemand auch ein Haar in der Suppe, gab es gar keine Kritik an Lienkamps Buch? Das wäre für die Geistes- und Sozi-

alwissenschaften, Philosophie und Theologie ganz untypisch. Zwei Bedenken sind mir zu Ohren gekommen. Zum einen hätten die politischen Realisierungsbedingungen für das ethisch reflektierte Programm genauer analysiert werden können. Daran ist richtig, dass ohne eine solche Analyse von Kraft und Gegenkraft kein realistisches Handeln möglich ist. Aber andererseits ginge das nur für einzelne nationale Konstellationen zu bestimmten Zeitpunkten. Damit eignet sich das Thema eher für aktuelle Publizistik als für ein ethisches Buch, wenngleich wir uns diese Publizistik vom selben Autor wünschen. Wie steht er wohl zur gerade von der Bundesregierung beschlossenen Verlängerung der Laufzeit von Kernkraftwerken, die als revolutionärer Beginn des Umstiegs auf regenerative Energien verkündet wurde, – was, so der Kommentator der Süddeutschen Zeitung, erwarten lässt, dass wir künftig die Eröffnung von Autobahnstrecken als Weg ins Fahrradzeitalter feiern werden.

Und noch ein leiser Einwand gegen die Preisverleihung kam auf. Ist ein Buch, das so viel Naturwissenschaft und Politik und Theologie enthält, trotz seines Schwerpunkts in der Ethik ein philosophisches Buch, das einen Philosophischen Buchpreis verdient? Wer glaubt, dass ein Buch philosophischer wird, wenn es sich des empirischen Wissens enthält oder der Handlungsorientierung oder der theologischen Gelehrsamkeit oder gar der eigenen ethischen Wertung, der wird diesem Buch den philosophischen Charakter absprechen wollen. Wer aber nicht so denkt, wird in dieser engagierten Reflexionsleistung vielmehr gerade einen Grund sehen für die Zuerkennung unseres philosophischen Preises an dieses durch und durch lesenswerte, hervorragende Buch.

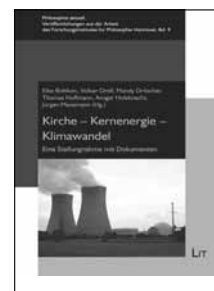


NEUERSCHENUNG:

fiph bezieht Stellung gegen Atomkraft

Die Stellungnahme „Kirche, Kernenergie, Klimawandel“ des fiph versteht sich als Fortführung der Debatten über die Zukunft und Zulässigkeit der Kernenergie. Im Zentrum der philosophischen Argumentation steht die Aufgabe einer Energiewende – als Abkehr von einer Zivilisationsform, deren Verhältnis zur Natur wesentlich durch Beherrschung und Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen bestimmt ist. Nach Einschätzung der Autoren ist die weitere Nutzung der Kernenergie gemeinwohlschädigend.

Die bereits intensiv in der Öffentlichkeit diskutierte Stellungnahme wird hier zusammen mit maßgeblichen katholischen und evangelischen Dokumenten publiziert. Der Band bietet so einen umfassenden Überblick über die relevanten kirchlichen Debatten vor allem in Deutschland und soll zu weiteren Diskussionen anregen.



Eike Bohlken, Volker Drell, Mandy Dröscher, Thomas Hoffmann, Ansgar Holzknecht, Jürgen Manemann (Hrsg.):
Kirche – Kernenergie – Klimawandel. Eine Stellungnahme mit Dokumenten.
 Münster: Lit 2010,
 184 Seiten,
 19,90 Euro



Philosophie am Kröpcke

Philosophie – eine Wissenschaft im Elfenbeinturm? Weit gefehlt! Das Forschungsinstitut für Philosophie Hannover macht es sich zur Aufgabe, herauszufinden, was der Mann (und die Frau) von der Straße von den philosophischen Inhalten, die im Institut erforscht werden, hält und weiß. Pünktlich zu jeder Ausgabe des fiph Journals führen wir dement-

sprechend eine streng wissenschaftlich kontrollierte Studie durch: Wir schreiten zum Kröpcke, der Agora Hannovers, mit Digitalkamera und Aufnahmegerät bewaffnet, und stellen allen Passanten, die uns über den Weg laufen, dieselbe Frage. Auf den Spuren des Sokrates, aber bar jeder Ironie. Passend zum Schwerpunktthema dieses Heftes wollten wir wissen: „Ist der Klimawandel ungerecht?“ – eine Frage, die zu Gegenfragen einlud. Auszüge aus den profunden Antworten lesen Sie hier ...

EIKE BOHLKEN, VOLKER DRELL

Ist der Klimawandel ungerecht?



fiph: Ist der Klimawandel ungerecht?

ANTON: (überlegt) Ich glaube nicht, dass die Frage, ob das gerecht ist oder nicht, in Bezug auf die natürlichen Umstände die angemessene Bezeichnung ist. Über die Auswirkungen kann man vielleicht diskutieren...

fiph: Nun geht ja die Mehrheit der Experten inzwischen davon aus, der Klimawandel sei menschengemacht. Müsste man dann nicht auch Menschen Verantwortung und Schuld zusprechen?

ANTON: Wenn man davon ausgeht, dass der Klimawandel anthropogen verursacht ist, dann ist es sicherlich so, dass die, die den Nutzen aus der Verursachung gezogen haben, in geringerem Maße von den Auswirkungen

betroffen sind als die, die weniger Nutzen daraus gezogen haben. Insofern kann man sagen, dass die Folgen nicht gerecht verteilt sind.

fiph: Sie sind nicht der Meinung, dass der Klimawandel anthropogen verursacht ist?

ANTON: Ich weiß es nicht. Es gibt gute Argumente, davon auszugehen, dass es so ist. Aber letztlich weiß man es nicht.



fiph: Ist der Klimawandel ungerecht?

JANINE: Na, was heißt ungerecht? Wir ham selber dran schuld.

fiph: Was folgt daraus in praktischer Hinsicht?

JANINE: Na erst mal natürlich für die Regierung, dass die was tun müssen. Und selber kann halt jeder was machen: Mit dem Auto muss man nicht

unbedingt die kleinsten Strecken fahren. Damit fängt's ja schon immer an.

fiph: Könnte man gerechter mit den Folgen des Klimawandels umgehen?

JANINE: Was heißt gerechter? Es ist halt nun mal einfach so! Es ist zwar Zeit, etwas daran zu ändern. Es ist aber jeder selber dafür verantwortlich.



fiph: Ist der Klimawandel ungerecht?

MAREK: Für wen?

fiph: Zum Beispiel für die Betroffenen.

MAREK: (lacht verlegen) Für die Betroffenen ist er natürlich ungerecht, weil für die einen hat er viel größere Auswirkungen als für die anderen. Insofern haben, glaube ich, die entwickelten Industrienationen da bessere Karten als Dritte-Welt-Staaten.

fiph: Gibt es Menschen, die

eine größere Schuld daran trifft?

MAREK: Hmm, das ist eine schwere Frage. Ich würde dem zustimmen, dass die Industrieländer zumindest eine größere Verantwortung tragen. Ob sie dann eine größere Schuld trifft, ist eine andere Frage. Ich meine, sie sind auch da hineingeboren.



fiph: Ist der Klimawandel ungerecht?

CHRISTOPH: Für wen? Für uns? Für die Betroffenen? Da muss man erst mal die Frage stellen, ob wir für den Klimawandel verantwortlich sind.

fiph: Sind wir es?

CHRISTOPH: Meiner Meinung nach sind wir es nicht. Es gibt Studien z.B. von der TU Braunschweig, die das belegen. Andere hingegen sagen, dass wir es sind. Und man muss auch immer sehen,

welche Interessen vertreten werden, z.B. wie viel Geld da reingepumpt wird, z.B. in die grünen Energien. Wenn bestimmte Forschergruppen nicht sagen, dass sie sich dafür einsetzen, fallen vielleicht Sponsorengelder weg. Wenn es ums Geld geht, ist es immer schwer zu sagen, wo da die Gerechtigkeit ist.

fiph: Was müsste man denn konkret tun?

CHRISTOPH: Viele Sachen sind unsinnig. Man versucht einerseits mit der Abwrackprämie, die Autos hier von den Straßen zu schaffen, und dann werden die Autos nicht verschrottet, sondern nach Afrika verkauft. Das heißt – wir leben ja auf einer Welt – es ändert sich im Grunde nichts. Das meiste, was gemacht wird, ist Augenwischerei.

fiph: Herrscht zu viel Unvernunft in der Welt?

CHRISTOPH: Ja, einerseits das (kommt in Fahrt). Und es ist auch anmaßend, anderen Ländern zu sagen, sie müssen jetzt das und das machen. Das, was wir vor 100 Jahren erlebt haben, da hatten wir auch noch nichts zur Begrenzung. Es wäre also ungerecht, ihnen das vorzuschreiben!



fiph: Ist der Klimawandel ungerecht?

THORSTEN: Ich finde ihn unmöglich – dagegen muss was getan werden!

fiph: Ist der Klimawandel vom Menschen gemacht?

THORSTEN: Ja, von wem sonst?
fiph: Dann könnte man ja

auch sagen, jemand hat Schuld daran.

THORSTEN: (unterbricht) Sie und ich!

fiph: Unter anderem! Haben denn alle Menschen gleichermaßen Schuld am Klimawandel?

THORSTEN: Alle Menschen gleichermaßen!

fiph: (überrascht) Wir verbrauchen doch viel mehr ...

THORSTEN: Wir haben es nie anders gelernt. Wie die Menschen in der Sahelzone, die das letzte Büschchen da ausreißen und verbrennen oder sich steinig lassen und dafür die Steine aus der Wand reißen. Die ham's ja auch nicht anders gelernt! Die Entwicklungsländer, China, Indien, Pakistan, Brasilien, die werden jetzt durch Raubbau groß. Die sollen andere Wege gehen, wie wir auch andere Wege gehen, ganz einfach!



fiph: Ist der Klimawandel ungerecht?

ARMIN: Nee, der ist gerecht. Da können wir eigentlich nichts gegen machen. Das ist ganz natürlich. Und was natürlich ist, kann ja nicht ungerecht sein.

fiph: Würden Sie sagen, dass der Klimawandel nicht von Menschen beeinflusst ist?

ARMIN: Doch würde ich sagen.

fiph: Könnten wir nicht anders handeln, als wir es bisher tun?

ARMIN: Könnten wir auch.

fiph: Wenn es in unserer Macht liegt, etwas positiv oder negativ zu beeinflussen,

haben wir dann nicht auch die Verantwortung dafür?

ARMIN: Das ist der Knackpunkt. Wie weit fühlen wir uns verantwortlich für unser Handeln. Ich fühle mich nicht so verantwortlich für den Klimawandel, weil ich von selber versuche, mich danach zu richten, dass ich das Klima nicht bewusst beeinflusse.



fiph: Ist der Klimawandel ungerecht?

MAX: Fangfrage!

fiph: Ist nicht so gedacht. Finden Sie die Frage schief gestellt?

MAX: Ja. Was soll man denn darauf antworten?



fiph: Ist der Klimawandel ungerecht?

PETER: Natürlich ist das ein Gerechtigkeitsproblem. Sie sehen das ja jetzt wieder mit der Atomlobby, wie die also geschont worden ist, und sicherlich könnte man jetzt sagen, die Atommeiler tragen dazu bei, dass das Klima besser wird. Aber man weiß ja nie, ob so'n Ding nicht mal in die Luft geht.

fiph: Sehen Sie bei sich persönlich auch Handlungsbedarf?

PETER: Ja natürlich. Ich könnte ein kleineres Auto fahren.



fiph: Ist der Klimawandel ungerecht?

ANNETTE: Ungerecht für wen?

fiph: Zum Beispiel für die Betroffenen.

ANNETTE: Menschen?

fiph: Vielleicht auch Tiere.

ANNETTE: Wer fragt denn nach den Pflanzen? Also ich finde, für manche Pflanzen ist das bestimmt sehr ungerecht. Das ist nicht so einfach zu beantworten. Weil, wenn es ungerecht ist, braucht man ja erst mal einen Schuldigen.

fiph: Gibt es den?

ANNETTE: Jein. Vielleicht.

fiph: Sind Menschen schuld am Klimawandel?

ANNETTE: Ja. Aber die Tiere pupsen ja auch (lacht).

fiph: Könnten denn die Kühe ihr Verhalten ändern?

ANNETTE: Nein, ich glaube eher nicht, aber der Mensch könnte das Verhalten der Kühe ändern, insofern als es dann weniger Kühe gibt, wenn wir weniger Fleisch essen.

fiph: Also handelt es sich doch um eine Frage der Gerechtigkeit?

ANNETTE: Die Frage ist nicht ganz abwegig in dem Zusammenhang.

fiph: Ist der Klimawandel ungerecht?

MARGARETE: Ja, weil es uns besser geht und denen in der Südsee, denen geht es schlechter.

fiph: Vielen Dank!

(Die Namen der Befragten wurden von der Redaktion geändert.)

Impressum

Unterstützen Sie das FIPH!

Werben Sie für das FIPH.

Spenden Sie für Stipendien für Nachwuchswissenschaftler/-innen (Stichwort „Nachwuchs“).

Fördern Sie den Wiedereinstieg von Müttern in die Wissenschaft (Stichwort „Frauen fördern Frauen“).

Unterstützen Sie uns bei der Organisation von Workshops, Tagungen, Konferenzen (Stichwort „Tagungen“).

Spenden Sie für ein Buch (Stichwort „Buch“).

Werden Sie Mitglied im Förderverein; Jahresbeitrag: 120 €, ermäßigt 60 € für Studierende (Stichwort „Förderkreis“).

Besuchen Sie unsere Veranstaltungen.

Erkundigen Sie sich über unsere Forschungen und Publikationen.

Stiften Sie für das FIPH.

Spenden Sie für das Journal (Stichwort „Journal“).

Helfen Sie mit Vorschlägen.

Überweisen Sie 5 €, 10 €, 15 € ...

Ihre Unterstützung ist eine Anerkennung unserer Arbeit!

Spenden unter Angabe des Stichworts an: [Darlehnskasse Münster](#),
[Kontonummer 33 046 400, BLZ 400 602 65](#),
[Kontoinhaber: Forschungsinstitut für Philosophie Hannover](#)
(Auf Wunsch erhalten Sie Spendenquittungen.)

Für Rückfragen, Kommentare und Vorschläge wenden Sie sich bitte an:

[Frau Anna Maria Hauk M.A.](#)
Gerberstr. 26, 30169 Hannover
Tel.: (0511) 1 64 09 10, Fax: (0511) 1 64 09 40
E-mail: Hauk@fiph.de



Herausgeber
Forschungsinstitut für
Philosophie Hannover
Prof. Dr. Jürgen Manemann



Redaktion
PD Dr. Eike Bohlken
Wissenschaftlicher Assistent



Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Anna Maria Hauk M.A.



Wissenschaftlicher Mitarbeiter
Volker Drell M.A.



Sekretariat
Sigrid Wittkamp

Mitglieder des Vorstands der Stiftung „Forschungsinstitut für Philosophie Hannover“

Prof. Dr. Ulrich Hemel,
Universität Regensburg, Vorsitzender
der Geschäftsleitung „Strategie und Wert
Beratungs- und Beteiligungs-GmbH“,
Direktor des „Instituts für Sozialstrategie“,
Laichingen, Jena, Berlin
(1. Vorsitzender)
Generalvikar Dr. Werner Schreer,
Hildesheim (2. Vorsitzender)
Prof. Dr. Hans-Joachim Höhn,
Universität zu Köln
Prof. Dr. Hans Joas, Universität Erfurt,
Committee on Social Thought,
University of Chicago
Prof. Dr. Thomas M. Schmidt,
Universität Frankfurt/M.
Prof. em. Dr. Christian Starck,
Universität Göttingen
Prof. Dr. Saskia Wendel,
Universität zu Köln

Herstellung und Gestaltung
Bernward Medien GmbH
Druck
Druckhaus Köhler, Harsum
Auflage
5 500
Erscheinungsweise
halbjährlich

